MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1918

36 (22.1.1918) Abend-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-179073

Dienstag, 22. Januar. Abend-Ausgabe. 1918. — Nr. 36.

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlich für den allgemeinen und Handelsteil: Chefredakteur Dr. Fritz Goldenbaum; für den Anzeigenteil: Anton Grieser. Druck u. Verlag: Druckerei Dr. Haas Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Amtlich in Mannheim. — Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. — Fernsprech-Anschluß Amt Mannheim: Nr. 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945 und 7946. — Postscheck-Konto: Nr. 2917 Ludwigshafen am Rhein.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 1spaltige Nonpareillezeile 40 Pfennig, Finanzanzeigen 50 Pfennig, Reklamen M. 3.—. Anzeigenschluß: Morgenblatt vormittags 8½ Uhr, Abendblatt nachmittags 3½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatl. M. 2.— mit Bringerlohn. Postbezug: Vierteljährlich M. 6.42 einschl. Zustellungsgebühr. Bei der Post abgeh. M. 5.70. Einzel-Nr. 10 Pfg.

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim. — Das Weltgeschehen im Bilde in moderner Kupfertiefdruck-Ausführung.

Feindliche Vorstöße in Flandern und in den Argonnen.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 22. Jan. (WTB. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern

Oestlich von Ypern war die Kampftätigkeit der Artillerien am Tage und zu einzelnen Nachtstunden lebhaft. Mit kleinen Abteilungen versuchte der Engländer vergeblich an mehreren Stellen in Flandern in unsere Kampfzone einzudringen.

An der übrigen Front blieb die Gefechtstätigkeit mäßig.

Heeresgruppen deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht von Württemberg.

In den Argonnen nördlich von le Four de Paris stießen französische Kompagnien nach tagsüber anhaltender Artilleriewirkung am Abend gegen unsere Stellungen vor; sie wurden durch Feuer und im Nahkampf abgewiesen.

Auf dem östlichen Maasufer und in der Gegend von Flirey lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen Front

und an der

Italienischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Trommelfeuer im Cernabogen.

Sofia, 20. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Generalstabsbericht vom 20. Januar:

Mazedonische Front.

Auf beiden Seiten des Ochridasees etwas lebhaftere Feuertätigkeit. Westlich des Sees führten unsere Einheiten erfolgreiche Erkundungsstreifen aus.

Im Cernabogen und östlich von Dobropolje wiederholtes Artillerietrommelfeuer. Im Süden von Huma drangen unsere Stoßabteilungen in die feindlichen Gräben und kehrten mit griechischen Gefangenen zurück.

Im Süden der Bolasitza wurden englische Infanterieabteilungen, die gegen unsere Vorhuten bei Dolniporoi und beiderseits des Bulkowosees vorrückten, unter unser Artilleriefeuer genommen und zerstreut.

Dobrudscha-Front.

Waffenstillstand.

Ein Vorstoß türkischer Seestreitkräfte.

Berlin, 22. Januar. (WTB. Amtlich.) Am 20. Januar stießen türkische Streitkräfte, und zwar der Panzerkreuzer „Sultan Javus Selim" (früher „Goeben"), der kleine Kreuzer „Midilli" (früher „Breslau") und Torpedoboote aus den Dardanellen gegen feindliche Streitkräfte vor, die durch Fliegeraufklärung bei der Insel Imbros festgestellt wurden. Ein großer und ein kleiner englischer Monitor wurde vernichtet, ein Transportdampfer von 2000 Tonnen versenkt, mehrere Hulks schwer beschädigt und die englische Signalstation an der Kephalobucht zerstört.

Beim Rückmarsch nach den Dardanellen ist der kleine Kreuzer „Midilli" durch mehrere Unterwassertreffer von Minen oder Unterseebooten gesunken. Der Kreuzer „Sultan Javus Selim" saß beim Auflaufen innerhalb der Dardanellen an der Enge bei Nagara leicht fest. Er ist jetzt, wie die englische amtliche Meldung behauptet, durch schwere Beschädigungen auf Strand gesetzt.

*

Diese Meldung, die uns leider von dem Verlust der beiden einst deutschen Kreuzer Kunde gibt, stellt dem Mut der türkischen Seeleute das beste Zeugnis aus. Man weiß, die türkische Flotte ist noch jung und klein. Als „Goeben" und „Breslau" ihr eingefügt wurden, bildeten diese beiden Schiffe ihren wertvollsten Besitz. Trotzdem hörten wir schon manches Mal von kühnen Vorstößen, durch die wenige türkische Einheiten den starken Feind beunruhigt und geschädigt haben. Trotz dem minenverseuchten Fahrwasser und trotz der großen gegnerischen Uebermacht haben am 20. Januar die geringen Streitkräfte wiederum kühn die Offensive ergriffen und ihr Unternehmen auch, wie aus dem Bericht hervorgeht, mit vollem Erfolg durchführen können. Wenn ihnen die zahlenmäßige Ueberlegenheit des Feindes den Rückweg versperrte und sie nach dreijährigem Kampfe nun zur Strecke gebracht wurden, so vermindert das nicht den Ruhm ihrer bisherigen Taten. Gewiß, es ist ein schmerzlicher Verlust. Aber rechnen mußte man mit ihm schon stets — und geleistet haben die beiden kleinen Kreuzer unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen lange Zeit hindurch Hervorragendes genug!

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 21. Jan. (WTB. Amtlich.) Neue U-Booterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatze:

22000 Bruttoregistertonnen.

Unter den versenkten Schiffen, von denen die Mehrzahl tief beladen und bewaffnet waren, konnte der bewaffnete französische Dampfer „Magellan" (6265 Tonnen) mit Salpeterladung von Chile nach Frankreich festgestellt werden. Unter den übrigen vernichteten Schiffen befanden sich zwei größere englische Dampfer.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Berlin, 21. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Die erheblichen Verluste der französischen Handelsflotte spielen in den Kammerverhandlungen häufig eine Rolle. Der Verpflegungsminister Boret erklärte jüngst, daß die Notwendigkeit bestehe, 36,7 Millionen Doppelzentner Getreide einzuführen. Vor dem Kriege brauchte nur in Not- oder Mißerntejahren Brotgetreide eingeführt zu werden. Der ungeheure Unterschied ist hauptsächlich auf Verringerung der Anbaufläche, Mangel an Arbeitskräften und Fehlen von Düngemitteln zurückzuführen. Der Minister erklärte, daß er nicht ohne Besorgnis in die Zukunft sehe.

Vermietung holländischer Schiffe an Amerika.

m. Köln, 22. Jan. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Amsterdam: Reuter meldet aus Washington: Die niederländische Regierung hat jetzt beschlossen, die achtzig in amerikanischen Häfen liegenden holländischen Schiffe an die Vereinigten Staaten zu vermieten. Die vorläufige Uebereinkunft darüber, die soeben in London unterzeichnet worden ist, bestimmt, daß diese Schiffe nicht nach dem Kriegsgebiet geschickt werden sollen.

Die Kriegslage.

Der neue englische Generalstabschef.

c. Von der schweizerischen Grenze, 22. Jan. (Pr.-Tel. g. K.) Laut „Berner Bund" meldet Havas aus London: Marschall Haig hat den Divisionsgeneral Sir Herbert Lawrence zum Chef des Generalstabs ernannt. Die „Times" schreibt, diese Ernennung sei nur das Vorspiel zu einer Reihe Aenderungen im britischen Oberbefehl.

Die Ausdehnung der englischen Wehrpflicht.

c. Von der schweizerischen Grenze, 22. Jan. (Pr.-Tel. g. K.) Einer Genfer Meldung zufolge schreibt das Journal „du Peuple": Die Ausdehnung der englischen Wehrpflicht bis zu 55 Jahren bedeutet eine nochmalige Verlängerung des Krieges um mindestens ein Jahr.

Bern, 22. Jan. (WTB. Nichtamtlich.) Bei der Unterhausdebatte am 17. Januar über die Mannschaftsersatzvorlage erklärte der Abgeordnete Rogge, er besitze Informationen, die er dem Hause nicht in offener Sitzung mitteilen könne, da er sie bei einer privaten Besprechung erhalten habe. Nur soviel könne er sagen, wenn Geddes durch die neuen Maßnahmen mit 450 000 Mann aus den Zivilberufen auszukommen hoffe, so sei nach seiner Kenntnis der Lage das ganze Vorhaben völlig absurd, denn das bedeute einen bloßen Flohbiß und werde England dem Sieg um keinen Zoll näherbringen. Der Premierminister könne dem Hause sehr wichtige Informationen geben, auf die es Anspruch habe. Indem er sie verheimliche, beweise er dem Hause und dem Lande eine unverdiente Geringschätzung.

Der Abgeordnete Smallwood beklagte sich bitter über die in der englischen Armee herrschende Günstlingswirtschaft, durch die viel fähige junge Männer zu Hause gehalten würden, während andere trotz einer vielfachen Verwundung immer wieder an die Front entsandt würden. Wenn es keine Bevorzugung gäbe und alle Gesellschaftsklassen die gleichen Opfer brächten, würde man keine Krisis seitens der Arbeiterschaft zu befürchten brauchen.

Verlängerung der Wehrpflicht auch in Frankreich?

c. Von der schweizerischen Grenze, 22. Jan. (Priv.-Tel., g. K.) Einer Genfer Meldung zufolge schreibt der „Matin" zu Lloyd Georges Rede:

In französischen parlamentarischen Kreisen erblickt man in den Hilferufen Lloyd Georges nach der Verlängerung der englischen Dienstpflicht bis zu 55 Jahren nur den ersten Vorläufer einer gleichen Maßnahme in Frankreich. Darauf stehen auch die bestimmten Erklärungen Clemenceaus im Heeresausschuß der Kammer vom letzten Mittwoch, von einer restlosen Anspannung des zur Verfügung stehenden französischen Mannschaftsbestandes, schließen.

Italienische Flugzeuggeschwader an der Westfront.

c. Von der schweizerischen Grenze, 22. Jan. (Pr.-Tel. g. K.) Die „Neue Züricher Zeitung" meldet von der italienischen Grenze: Da sich die italienischen Flugzeugtypen hervorragend für Beschießungsflüge eignen, sind laut Corriere della Sera italienische Flugzeuggeschwader nach der Westfront entsandt worden.

Rücktritt Carsons.

Eine ungünstige Wendung der Dinge in Irland.

m. Köln, 22. Jan. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Amsterdam: Amtlich wird aus London gemeldet: Sir Edward Carson ist als Mitglied des Kriegskabinetts zurückgetreten.

Reuter versichert und Carson bestätigt es in einem Brief an Lloyd George, daß keine Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts die Ursache des Rücktritts seien. Carson gehe vielmehr, um der Regierung freie Hand zu lassen in den irischen Angelegenheiten, wo eine neue ungünstige Wendung der Dinge sich bemerkbar mache.

Brest-Litowsk.

Die Arbeit der Kommissionen.

Brest-Litowsk, 21. Januar. (WTB. Amtlich.) Die deutsche Kommission für die wirtschaftlichen Angelegenheiten hat ihre gestern begonnenen Besprechungen mit den russischen Vertretern heute fortgesetzt. Die Vorarbeiten für die weiteren wirtschaftlichen Kommissionsberatungen wurden einer Subkommission überwiesen, die bereits heute Nachmittag ihre Arbeiten aufgenommen hat.

Gestern und heute haben auch die ersten offiziellen Beratungen der deutsch-russischen Rechtskommission stattgefunden. Es wurden im einzelnen behandelt und formuliert: Die Beendigung des Kriegszustandes sowie die Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, die Entschädigungsfrage und die Wiederherstellung der Staatsverträge. Gegenwärtig wird über die Wiederherstellung der Privatrechte verhandelt.

Die Lage in Rußland.

Die Opfer der Zusammenstöße.

c. Von der schweizerischen Grenze, 22. Jan. (Pr.-Tel. g. K.) Laut der Neuen Züricher Zeitung meldet Havas aus Petersburg zu den blutigen Zusammenstößen ergänzend, daß diese auf 5 oder 6 Plätzen der Stadt erfolgten. Am Liteinikprospekt gaben Rote Gardisten 2 oder 3 Salven auf einen Zug ab, der nach dem Taurischen Palast sich begeben wollte. Hierbei wurden 8 Manifestanten, darunter 2 Frauen, getötet. 20 Personen wurden schwer verletzt. Eine der getöteten Frauen ist die Tochter des bekannten in Sibirien verstorbenen Verbannten Korbatschka.

Die allgemeine Wehrpflicht für die russische Flotte abgeschafft.

c. Von der schweizerischen Grenze, 22. Jan. (Pr.-Tel. g. K.) Die „Basler Nachrichten" melden aus Petersburg: Durch Beschluß des obersten Marinekollegiums wurde die allgemeine Wehrpflicht für die russische Flotte abgeschafft. Augenblicklich steht eine ähnliche Verfügung für die übrigen Waffengattungen bevor.

Die telegraphische Verbindung Petersburg—London zerstört.

c. Von der schweizerischen Grenze, 22. Jan. (Pr.-Tel. g. K.) Einer Basler Meldung zufolge berichtet die Daily Mail unmittelbar aus Petersburg: Die staatlichen Telegraphenverbindungen der Petersburger Botschafter wurden am Freitag abgeschnitten und darum fehlen seit Samstag früh alle englischen Preßdrahtungen aus Petersburg.

Unterdrückung der litauischen Presse durch die Bolschewiki.

c. Von der schweizerischen Grenze, 22. Jan. (Pr.-Tel. g. K.) Das Berner Tageblatt meldet aus Paris: Die Bolschewiki haben sämtliche litauische Zeitungen unterdrückt, ausgenommen die maximalistischen. Der Nationalrat protestierte gegen diese Unterdrückung der Preßfreiheit.

Der Fall Caillaux.

Caillaux im Gefängnis.

c. Von der schweizerischen Grenze, 22. Jan. (Priv.-Tel. g. K.) Das „Berner Tageblatt" meldet aus Paris: Caillaux erhielt von der Gefängnisverwaltung einige Erleichterungen u. a. einen bequemen Sessel und warme Decken. Er braucht seine Zelle nicht selbst zu säubern. Seine Verhaftung erregt in der Stadt Mamers, für welche er Deputierter und las solcher allgemein geschätzt ist, besonders lebhafte Bestürzung. Der Adjunkt des Bürgermeisters, der Vorsitzende von Caillaux' Partei in Mamers, will nicht an Caillaux' Schuld glauben und erklärt, die Regierung müsse sofort alle Beweisstücke veröffentlichen, um eine klare Lage zu erhalten.

Kundgebungen für und gegen Caillaux.

c. Von der schweizerischen Grenze, 22. Jan. (Priv.-Tel., g. K.) Nach Rotterdamer Berichten fanden in Le Havre vor dem Gebäude

MARCHIVUM

des Petit Le Havre für und gegen Caillaux Kundgebungen statt. Viele Soldaten beteiligten sich daran und, was besonders bemerkenswert ist, es nahmen auch viele englische Mannschaften an den Kundgebungen teil.

Das schwindende Prestige Englands.

Je länger der Krieg dauert, desto mehr verliert England das, was die britische Weltstellung bis jetzt besonders gestützt hat: sein Ansehen bei den Neutralen. Bezeichnend für den Grad, in dem die geheimnisvolle Scheu vor England bereits geschwunden ist, ist ein Leitartikel des „Aftonbladet" vom 3. Januar 1918, in dem die gegenwärtige Lage Englands sowie dessen Stellung nach dem Kriege folgendermaßen gekennzeichnet wird:

„Es liegt keine besondere Veranlassung vor, Englands politische und ökonomische Uebermacht nach dem Kriege zu fürchten, und ebensowenig, uns an diese Macht zu ketten, um einen Anteil an den Begünstigungen zu erwerben, die es seinen ökonomischen Vasallen etwa gewähren könnte. Alle europäischen kriegführenden Mächte dürften, wie der Weltkrieg auch enden mag, wesentlich geschwächt aus ihm hervorgehen; aber besonders England kann wahrscheinlich niemals die Stellung wiedererlangen, die es vor dem Krieg hatte. Seine unbestrittene Herrschaft über alle Meere scheint verloren zu sein, dafür bürgen die Vereinigten Staaten und Japan, jeder von diesen beiden Staaten an seiner Stelle; und die deutsche Flotte hat sich als ein nicht zu verachtender Gegner erwiesen, der unter veränderten politischen Kombinationen die Zunge an der Wage ausmachen kann. Die Kolonialherrschaft Englands ist aber in hohem Maße von der Beherrschung der Meere abhängig. Ihr Bestand wird unsicher, sobald die Herrschaft geschwächt wird, und das in um so höherem Grade, je mehr die Bevölkerung der Kolonien mit der englischen vermischt ist, wie in Kanada und Südafrika — von Indien und Aegypten gar nicht zu reden, wo es eine wirklich englische Bevölkerung nicht gibt. Der transozeanische Handel und die Seefahrt Englands haben von Japan und Amerika bereits schweren Abbruch erlitten, die nach dem Krieg ihre Gewinne nicht aufgeben dürften. Englands Schiffsverluste sind bedeutend, während Japan und Amerika ihre Handelsflotte vermehrt haben. Seine unerhörten Kriegskosten haben an seiner Geldkraft gezehrt, und England ist wohl auch in dieser Beziehung jetzt von den Vereinigten Staaten überholt worden. Bei den imperialistischen Tendenzen des letztgenannten Landes ist kaum anzunehmen, daß es nach dem Kriege seine Armee auf dieselbe bescheidene Zahl reduzieren wird, wie vorher. Dann tritt mit erhöhter Kraft die Gefahr der langen Landgrenze zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten hervor, die im Verein mit der Schwierigkeit, mit einer überlegenen Großmacht auf der anderen Seite des Atlantischen Ozeans Krieg zu führen, den weiteren Besitz Kanadas vonseiten Englands von dem guten Willen der Vereinigten Staaten abhängig machen wird. Herodes und Pilatus sind nicht immer Freunde. Ein nicht unwesentlicher Teil der Stellung Englands als Weltmacht in politischer, merkantiler, maritimer und finanzieller Hinsicht scheint also an Amerika, zu einem kleineren Teil auch an Japan übergegangen zu sein oder auf dem Wege zu sein, dahin überzugehen. Englands frühere unerhörte Oberherrschaft in diesen Gebieten dürfte vorbei sein. England hat ein hohes Spiel gespielt, das es auf dem besten Wege ist, zu verlieren. An Stelle von Deutschland hat es zwei Mitbewerber bekommen, die außer Reichweite seiner Kanonen liegen."

Ob diese Erkenntnis nicht auch allmählich den vernünftigen Engländern aufdämmern wird?

Das umgestaltete Ministerium de Broqueville und das besetzte Belgien.

(Von unserem Brüsseler Korrespondenten.)

Brüssel, 20. Januar.

Die Veränderungen im Ministerium de Broqueville werden selbstverständlich im besetzten Belgien auf das eifrigste besprochen. Vor allen Dingen beschäftigt sich die Presse eifrigst mit den Personalveränderungen. Zufriedenheit, das sei festgestellt, herrscht auf keiner Seite. Selbst das Organ der Wallonen „L'Avenir Wallon", das schon vor 14 Tagen Herrn Paul Hymans tadelte, weil er Herrn de Broqueville durch Uebernahme des Portefeuilles für auswärtige Angelegenheiten einen Teil der Verantwortung für den Krieg abnehme, ist mit der Umgestaltung durchaus nicht einverstanden. Es bemängelt die Sachkenntnis des zum Minister für wirtschaftliche Angelegenheiten ernannten Herrn Poulett und spricht auch gegen die Ernennung des Herrn Prunet, des neuen sozialistischen Ministers, der nichts von der wallonischen Frage verstehe, tadelt sogar Herrn Lorrand, weil er ein Anhänger des Zwei-Sprachensystems sei. Am schärfsten aber bekämpfen die Flamen das neu gestaltete Kabinett. Die „Vlaamsche Nieuws" in Antwerpen sprechen von der französischen Wirtschaft in Le Havre und sagen, das ganze Ministerium sei verwelscht. Es sei ein Glück für das flämische Volk, daß man in Le Havre so flamenfeindlich auftrete, denn damit zeige man deutlich, das Flandern nicht mehr mitzählen solle. Die Tatsache, daß in diesem Augenblick die Leitung der auswärtigen Politik eines Landes, von dessen Bevölkerung die Flamen die Mehrheit ausmachten, einem flamenfeindlichen Minister anvertraut werde, könne die Flamen nur in dem Entschluß bestärken, sich durch die Abmachungen von Ministern, die ihr Vertrauen nicht mehr besitzen, keineswegs für gebunden zu erachten. Herr de Broqueville komme den linksstehenden Parteien entgegen, den Flamen jedoch verweigere er jedes Entgegenkommen. Diese unversöhnliche Politik werde die unvermeidliche Folge haben, daß die Flamen ihrer Regierung mehr und mehr den Rücken zukehren, um ihre eigenen Wege zu gehen und mit passenden Mitteln Flanderns Zukunft sicherzustellen. Das ist deutlich und klar, und wenn man bedenkt, daß auch passivistische Flamen, als deren Wortführer der in Holland lebende Frans van Cauwelaert gelten darf, den jetzigen Notbehelf des Herrn de Broqueville verwerfen, darf man voraussagen, daß auch diese Lösung, die man in Le Havre gefunden hat, nicht von Dauer sein wird. Man hat zwar durch Errichtung von Ausschüssen den wirtschaftlichen Zukunftsbedürfnissen des Landes Rechnung tragen wollen, aber auch diese Art der Entwirrung schwieriger Lagen findet im besetzten Belgien keinen Anklang. Schon um deswillen nicht, weil man die sachliche Zuständigkeit der Minister, die die wirtschaftlichen Ausschüsse bilden, mit vollem Rechte anzweifelt. Man erklärt, die Methode des Herrn de Broqueville erinnere lebhaft an die Mittel, die man zur Anwendung bringe, um Opponenten bei Generalversammlungen von Aktiengesellschaften mundtot zu machen, indem man sie zu Aufsichtsratsmitgliedern mache. Das kleine Belgien habe jetzt 14 Minister und 8 Staatsminister. Das kostet dem Lande eine runde Million im Jahr, was für das kleine Belgien geradezu abenteuerlich gefunden wird.

Herr de Broqueville hat also im besetzten Belgien weder eine gute Presse, noch ein gutes Publikum gefunden. Wenn ihm noch etwas an der Stimmung der zurückgebliebenen Belgier gelegen ist, muß es ihm im Grunde vor der Abrechnung nach dem Kriege bange werden.

Die Zukunft Belgiens.

Soeben erscheint als erstes Heft der durch öffentliche Vorträge über politische Fragen der Gegenwart an der Universität Halle-Wittenberg praktisch wirksam angegriffenen Auslandsstudien der Wortlaut eines Vortrags, den der Historiker Prof. Richard Fester dort über „Die Wandlungen der belgischen Frage" gehalten hat. Nach klar gegliederter Herausarbeitung der ausschlaggebenden Bedeutung, die das „Belgien" von heute und seine staatlichen Vorgänger im Laufe eines vollen Jahrtausends für die militärischen und politischen Machtkämpfe zwischen den Großstaaten West- und Mitteleuropas besessen haben, zieht der Redner am Schluß seiner Ausführungen die Folgerungen, die sich hieraus dem historisch-politisch geschulten Blick für die dem Deutschen Reich einzig heilsame Zukunftslösung ergeben. Unter sachlicher Würdigung der kurzsichtigen Ueberlegungen, die Herrn von Bethmann Hollweg dazu verführt haben, „wegen eines unsicheren Augenblickserfolges, hinter dem sich schon der Wunsch verbarg, die unbequeme belgische Frage nach dem Kriege wieder beiseite zu schieben, Deutschland unter dem Jubel seiner Feinde vor dem Forum der ganzen Welt durch seinen eigenen Kanzler in den Anklagezustand zu versetzen", bringt er die Notwendigkeit, unter diese unselige Häufung von politischen Mißgriffen einen klaren Trennungsstrich zu ziehen, ruhig und nüchtern, aber darum nur um so eindringlicher zum Ausdruck:

„Um so mehr ist es heute die Pflicht jedes Deutschen, die letzte Wandlung der belgischen Frage gründlich und ohne Selbstbetrug durchzudenken. Deutschland hätte den Krieg schon vor dem siegreichen Kriegsende verloren, wenn es alle von Herrn von Bethmann Hollweg ausgestellten Wechsel anerkennen müßte. Wir trugen an dem polnischen Wechsel vom 5. November 1916 wahrlich schwer genug. Den belgischen Wechsel aber hat die Regierung König Alberts zu unserem Glück zerrissen, bevor die Tinte noch trocken war. Ueber die belgische Frage werden daher das Kriegsrecht und die Gesamtlage entscheiden müssen. Die strategische Sicherung unserer oberrheinischen Lande ist im wesentlichen 1870 erkämpft worden. Die Sicherung des deutschen Niederrheins verdanken wir dem stürmischen Siegeszuge und der beispiellosen Ausdauer unseres Heeres. Aus der flandrischen Küste haben wir noch wirkungsvoller, als Napoleon I. es vermocht hatte, die gegen die Brust Englands gerichtete Pistole gemacht. Geben wir im künftigen Frieden diese Sicherungen wieder preis, so müssen wir uns auch darüber klar sein, was das bedeutet ... Die von der Entente geforderte Freiheit Belgiens wäre nichts anders als ein Freibrief für einen zur dauernden Kriegsgefahr werdenden Haß, dessen Gluten auch das Flamentum verzehren würden. Denn nichts ist so gewiß, wie der Untergang des Flamentums, wenn es ohne eine Schutzmacht dem doppelten Drucke Englands und eines mehr als je in französischen Bonne stehenden Wallonien ausgesetzt wird ...

Herausgabe Belgiens, mag sie in noch so schöne internationale Garantien eingewickelt sein, würde daher nichts geringeres bedeuten, als daß wir den Krieg verloren haben ... Der schlimmste Feind des Deutschen ist stets er selbst. Wir haben alle Aussicht, den Krieg zu gewinnen, wenn wir ihn nicht durch den eigenen Kleinmut verlieren. Soll die Entscheidung der belgischen Frage der Welt den Frieden sichern, den die Rückeroberung Elsaß-Lothringens Europa 43 Jahre gesichert hatte, so muß die Lösung nach so vielen kriegsschwangeren französischen und englischen Lösungen diesmal endlich eine deutsche sein."

Die Rede des Reichskanzlers.

Vorspiele.

Die Deutsche Zeitung brachte gestern einen Artikel unter der Ueberschrift „Der Weg zum Thron". Der Ursprung des Artikels ist nach Frankfurt a. M. verlegt worden. Er begrüßt die Entlassung Valentinis, sagt dann aber, es sei irrig, den jetzt beseitigten Chef des Zivilkabinetts als den letzten Träger des Systems Bethmann-Hollweg in der Nähe des Thrones zu betrachten. Dann schreibt das Blatt weiter:

„Solange Admiral v. Müller noch dem Marinekabinett vorsteht und Freiherr von Reischach Oberhof- und Hausmarschall ist, darf man nicht glauben, daß der Einfluß jenes unseligen Systems ganz gebrochen ist. Von Herrn von Müller weiß die Welt, wes Geistes Kind er ist. Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß eine Persönlichkeit seiner Veranlagung nicht die Charaktereigenschaften aufweist, die ein naher Berater der obersten Stelle besitzen muß. Die Haltung des Herrn von Reischach ist aber bekannt. Hier — in Frankfurt — weiß man, daß dieser Sohn unserer Stadt eine feste Stütze des Bethmannkurses war und blieb, hat er doch aus seiner Herkunft als Sohn einer Mischehe eine besondere Vorliebe für die „Frankfurter Zeitung" in sein Hofamt mitgenommen, die ihn dazu veranlaßt hat, dies schädliche Blatt geradezu zu verbreiten. Auch ein Bild: Der Oberhof- und Hausmarschall des Kaisers und Königs als Werber für das monarchiefeindliche republikanische Zersetzungsblatt. Wahrlich, in solchem Falle spricht das Mischblut seine Sprache."

Die Frankfurter Zeitung ist außerordentlich ungehalten über diesen Vorstoß und gibt folgende scharfe Antwort:

So wird es gemacht, auf Herrn v. Valentini müssen die Herren v. Müller und v. Reischach folgen, dann werden die Alldeutschen zufrieden sein, falls sie bis dahin nicht schon wieder neue Personen herausgefunden haben, die ihrer ebenso phantastischen wie schädlichen Politik im Wege stehen. Sie drohen auch dem Grafen Hertling bereits ganz deutlich, daß er ja nicht vergessen soll, sich am Donnerstag mit seiner Kriegszielrede die Anerkennung und Zufriedenheit der Alldeutschen zu verschaffen, und zwar dadurch, daß er der Reichstagsmehrheit eine glatte Absage erteilt und sich zu einem Gewaltfrieden im Sinne der Vaterlandspartei bekennt. Klarheit verlangen sie, Klarheit in ihrem Sinne. Der Forderung nach Klarheit können wir uns anschließen, denn das System des Halbdunkels wird auf die Dauer unerträglich. Es war der Wille der Reichstagsmehrheit, stabile Verhältnisse bis zum Ende des Krieges zu schaffen. Diesem Willen scheinen sich jetzt in wachsendem Maße unverantwortliche Einflüsse in den Weg zu stellen, und daraus schöpfen die Alldeutschen ihre Hoffnung. Unter diesen Umständen erscheint es uns dringend geboten, daß der Reichskanzler unzweideutig und mit voller Klarheit sein Kriegszielprogramm entwickelt. Es ist nach vielen Seiten hin nützlich, wenn man weiß, woran man ist.

Deutsches Reich.

Das Zentrum in Bautzen-Kamenz.

Die Sächs. Volksztg. (Nr. 15 vom 18. Januar) bringt an der Spitze des Blattes folgende Erklärung: Zur Stichwahl in Bautzen-Kamenz lassen sich Dresdner Blätter aus Bautzen melden: „Entgegen der „Sächs. Volksztg., dem Organ des sächsischen Zentrums, erfahren wir, daß die Reichsleitung des Zentrums beabsichtigt, zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten aufzufordern. Zentrumsabgeordneter Erzberger wird nach dem Wahlkreis beordert, um sein persönliches Gewicht in diesem Sinne in die Wagschale zu werfen. Mindestens wird Erzberger von sich aus eine entsprechende Parole ausgeben."

Demgegenüber hat die Leitung der Zentrumspartei im Königreich Sachsen zu erklären: An der ganzen Mitteilung ist kein wahres Wort. Die Reichsleitung des Zentrums hat sich nicht in die Wahlangelegenheit von Bautzen-Kamenz gemischt und beabsichtigt auch nicht dies zu tun. Der Abgeordnete Erzberger ist weder in den Wahlkreis beordert worden, noch hat oder wird er die Parole zugunsten der Wahl des Sozialdemokraten ausgeben. Alle Instanzen des Zentrums erwarten, daß die Anhänger der Zentrumspartei restlos für den konservativen Kandidaten am 25. Januar eintreten.

Die Oberste Heeresleitung und die Friedensresolution.

Die „Freisinnige Zeitung" bestreitet die Feststellungen, die die Nationalliberale Korrespondenz kürzlich gegenüber den fortgesetzten unlauteren Versuchen gemacht hat, die Zustimmung und sogar die Mitarbeit der Obersten Heeresleitung für die Friedensresolution vom 19. Juli in Anspruch zu nehmen. Demgegenüber erinnert das amtliche Organ der nationalliberalen Partei die Freisinnige Zeitung daran, daß am 15. Juli die Vertreter der Konservativen, der Deutschen Fraktion und der Nationalliberalen beim Staatssekretär des Innern mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff eine Unterredung gehabt und Generalfeldmarschall v. Hindenburg sich diesen Vertretern gegenüber ganz unzweideutig über die Resolution geäußert habe. Aus Rücksicht auf die augenblickliche Lage sieht die Nationalliberale Korrespondenz davon ab, die damals gefallenen Worte mitzuteilen, ist aber bereit, sie der Freisinnigen Zeitung anzuvertrauen, wenn sie danach Verlangen trägt. Sie würden den Beweis erbringen, daß die Darstellung der Nationalliberalen Korrespondenz, trotz der gegenteiligen Behauptung der Freisinnigen Zeitung, Wort für Wort wahr ist.

Dr. Julius Bachem †.

m. Köln, 22. Jan. (Priv.-Tel.) Laut der „Kölnischen Volkszeitung" verstarb in der verflossenen Nacht im Alter von 72 Jahren der langjährige Leiter der „Kölnischen Volkszeitung" und frühere geistige Führer des Zentrums, Justizrat Dr. Julius Bachem.

Die „Kölnische Volkszeitung" widmet dem Verstorbenen herzliche und ehrende Worte und erklärt unter anderm, daß Bachem den Ausbruch des Weltkrieges gleichsam als ein furchtbares Naturereignis betrachtete und daß die Ereignisse eine gewaltige Koalition der Staaten und Völker gegen Deutschland und seine Verbündeten sein würden. Die Frage, wie sich die Zukunft des deutschen Reiches nach innen und außen gestalten würde, brachte ihn gelegentlich in einen Gegensatz zu seinen bisherigen Mitarbeitern, sodaß er vor drei Jahren aus der Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung" ausschied. Der Verein Kölner Presse ernannte Bachem an seinem siebzigsten Geburtstag zu seinem Ehrenmitglied.

Nochmals Vaterlandspartei und Kriegsbeschädigte.

Die Zusammenstöße zwischen Mitgliedern der Vaterlandspartei und Kriegsbeschädigten haben eine derartige Aufregung hervorgerufen, daß es gerechtfertigt scheint, das Urteil, das Großadmiral v. Tirpitz am Sonntag in einer großen Versammlung der Vaterlandspartei über die Vorgänge gefällt hat, ausführlicher wiederzugeben. Er führte aus:

Daß die D. V.-P. Bedeutung im öffentlichen Leben erlangt hat, sieht man am besten aus der Art ihrer Bekämpfung. Nachdem die geistigen Waffen versagt haben, geht man jetzt zu tumultuarischen Störungen unserer Versammlungen über. (Sehr richtig!) (Jena, Frankfurt a. M., Mannheim.) Die Vorgänge in Berlin kann man dabei nicht übergehen. Es spielt dabei ein Verein eine Rolle, der sich „Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer" nennt. Mit Eifer hat man verbreitet, „Heimkrieger" der V.-P. hätten Kriegsbeschädigte angegriffen. (Zuruf: Ist nicht wahr!) Wenn es wahr wäre, würde ich das sehr bedauern, denn aus meinem soldatischen Empfinden heraus sind wir allen denjenigen, die in diesem Kriege an Leib und Gut für uns gelitten haben, ob sie sonst unsere Gegner sind oder nicht, zu besonderem Dank und Rücksicht verpflichtet. (Bravo!) Bei den angeblichen „tätlichen Angriffen" handelt es sich hauptsächlich um den Störer der Versammlung, der keineswegs Kriegsbeschädigter ist. Seine unerträglichen Störungen allein waren Anlaß zu der Unruhe. Vor allem aber sehnen wir es ab, in dem genannten Bunde eine Vertretung der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer zu sehen! (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Wir haben bei uns viel mehr Kriegsbeschädigte als dieser „Bund", dessen Leitung politische Agitation radikalster Färbung treibt und seine Mitglieder verhetzt! (Stürmischer Beifall.) Ich glaube, daß im Gegenteil gerade der überwiegende Teil der Kriegsbeschädigten das dringende Verlangen hat, den Krieg wirklich so ausgehen zu sehen, daß unser Vaterland Ersatz für seine Verluste und gegen neue Ueberfälle gesichert ist. (Stürmischer Beifall.) Diese Sicherheit wird nicht dadurch geschaffen, daß ein Teil der Sozialdemokratie erklärt, ein neuer Krieg werde nicht wiederkommen, denn auf seiten unserer Feinde, auch bei den meisten Sozialisten, fehlt die entsprechende Gesinnung. (Lebhafte Zustimmung.)

Joffres befehdete Kandidatur für die Akademie.

c. Von der schweizerischen Grenze, 22. Jan. (Priv.-Tel. g. K.) Die Schweizer Blätter berichten: Wie der Eclair meldet, macht sich gegen die angebliche Kandidatur von Marschall Joffre für die französische Akademie eine Opposition geltend. Es handelt sich nicht um eine offene Offensive gegen den berühmten Soldaten, sondern um geheime Intrigen, was beweise, daß man wohl sein Vaterland retten, sich aber nicht so leicht über die akademische Tradition hinwegsetzen könne. Der Gewährsmann des Blattes versichert, wenn die Akademie Joffre nicht einstimmig zum Mitglied der Akademie ernenne, werde die Armee ihr dies nie verzeihen.

Die australische Ernte wird nicht verfrachtet.

Amsterdam, 22. Jan. (WTB. Nichtamtl.) „Allgemeen Handelsblad" zufolge meldet die „Daily Mail" aus Sydney, daß die gegenwärtige australische Getreideernte im nächsten Jahre nicht über See verfrachtet werden könne. Von den beiden früheren Ernten seien noch große Mengen unverkauft. Die jetzige Ernte werde auf insgesamt 120 Millionen Bushels geschätzt, wovon 40 Millionen für den Verbrauch in Australien notwendig seien.

Die Aufhebung des Belagerungszustandes in der Türkei.

Konstantinopel, 21. Jan. (WTB. Nichtamtl.) Meldung der Agence Milli. In Besprechung der Aufhebung des Belagerungszustandes im Reich mit Ausnahme der Kriegszonen, schreibt der „Tanin": Die Bedeutung dieses Beschlusses des Ministerrats liegt klar zutage. Er wird überall einen sehr guten Eindruck hervorrufen. Denn während in einigen feindlichen Ländern Kriegsregierungen geschaffen wurden, um den Krieg fortzusetzen, zeigt dieser im vierten Kriegsjahr von der türkischen Regierung gefaßte Beschluß, von welchen Gefühlen Regierung und Nation wechselseitig beseelt sind.

*

c. Von der schweizerischen Grenze, 22. Jan. (Priv.-Tel. g. K.) Laut Berner Bund meldet „Havas" aus Washington: Etwa tausend Werke, die für Kriegslieferungen arbeiten, wurden vom Aushebungsdekret ausgenommen.

MARCHIVUM

Aus Stadt und Land.

Eine Bürgerstiftung für die 110er.

Heldenverehrung hat es immer gegeben. Sie ist älter als die Pyramiden Aegyptens und ewig wie der Erde bestes Erz. Der Deutsche insbesondere hat es immer für die höchste Pflicht gehalten, seinen Toten Tempel der Verehrung und des Dankes zu errichten, und manches Werk aus Bronze oder Stein ragt wie ein mahnendes Wahrzeichen über den Alltag hinaus, ein flammendes „Gedenke!", das zu Enkeln spricht. Aber es gibt auch einen Dank, der nicht aus Marmorsäulen tönt. Das schönste Denkmal ist die Treue, die in dem dankerfüllten Herzen wohnt. „Treue um Treue" lautete die feierliche Losung, mit der unsere badischen Krieger vor dreieinhalb Jahren Abschied nahmen, um unsere Berge und Täler mit ihren Leibern vor dem Ansturm der Feinde zu schirmen. Das 110. Regiment hat seit jenen Tagen der Erhebung Heldentaten verrichtet, die in der Kriegsgeschichte mit goldenen Lettern verzeichnet sind. Die 11Ser haben den Ruhm, der seit dem Feldzug gegen Frankreich im Jahre 1870/71 die Regimentsfahne bestrahlt, in mehreren Riesenschlachten und unzähligen Gefechten erneut, und mancher Held gab gern sein Leben hin, auf daß die Heimat unbehelligt bliebe.

Aus Dämmerfernen tönt des Sieges Horn. Bald kommt der Tag, da wir die Helden grüßen, die mit Narben und Ehrenzeichen heimkehren zu Vater und Mutter, Weib und Kind. Dann werden manche heiße Tränen fließen: heilige Tränen des Schmerzes, aber auch glühende Tränen der Freude. Dann ist die Zeit des Dankes da. Sie soll die Daheimgebliebenen nicht überraschen. Denn viele, die heimkehren, gehen einem neuen Kampf entgegen, dem harten Kampf ums tägliche Brot. Nicht nur die Verwundeten und Siechen werden von dieser Sorge betroffen sein. Um ihnen in der ersten Zeit des Daseinskampfes beizustehen, soll deshalb eine Stiftung ins Leben gerufen werden, die „Bürgerstiftung für das Kaiser-Grenadier-Regiment Nr. 110". Jeder Bürger soll Gelegenheit haben, sein Scherflein zu einer Gelndung beizutragen, die bestimmt ist, Wunden zu heilen und Sorgen zu tilgen. Wer möchte da fehlen! Zur Schaffung des Grundstocks ist am 5. Februar im Apollotheater ein Konzert großen Stils mit hervorragenden Solisten geplant, deren Namen in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Der gesamte Erlös des Abends fließt der Stiftung zu. Der Ehren- und Arbeitsausschuß der Bürgerstiftung wird sich aus den Damen Frau v. Renz und Freifrau v. Diepenbroik-Grüter und den Herren Oberstleutnant Freiherr v. Diersburg, Major und Regimentskommandeur Wambold, Generalleutnant Freiherr von und zu Bodman Exzellenz, Geheimrat August v. Röchling, Geh. Hofrat Dr. Sickinger, Oberbürgermeister Geh. Hofrat Dr. Kutzer, Geh. Kommerzienrat Dr. Brosien, Kommerzienrat Heinrich Vögele, Rechtsanwalt Thiesen, Geh. Hofrat Muthy, Schriftsteller Fritz Droop, Otto Böhringer, Schriftleiter R. Schönfelder, Direktor Zacharias, J. A. Raichle und Ludwig Müller, Vorstand des „Ler-Klubs", zusammensetzen. D.

* **Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Kranken-, Witwen- oder Witwerrente.** Vordrucke für die Zulagequittungen können von den in der Stadt Mannheim wohnhaften bezugsberechtigten Rentenempfängern am 1. Februar 1918 auf dem zuständigen Polizeirevier, von den in den Landgemeinden wohnhaften auf dem Bürgermeisteramte in Empfang genommen werden.

* **Kontingentszugehörigkeit bei Rückversetzung von Württembergern aus nichtwürttembergischen Truppenteilen.** Infolge hervorgetretener Zweifel wird in Ergänzung der Verfügung vom 30. August 1917 Nr. 18852 K. 17 a 1 hinsichtlich des Begriffs „württembergischer Kontingentsangehöriger" im Einverständnis mit dem Königl. Preußischen Kriegsministerium vom Kgl. Württ. Kriegsministerium folgendes bekanntgegeben: Als württembergische Kontingentsangehörige sind auch zu betrachten: a) Unteroffiziere und Mannschaften, die bei Kriegsausbruch einer der württembergischen Friedens-Verkehrsformationen (z. B. den württembergischen Kompagnien beim preußischen Telegraphen-Batl. Nr. 4, beim preuß. Luftschiffer-Batl. Nr. 4, beim preuß. Eisenbahn-Batl. Nr. 4, den württembergischen Detachements bei der preußischen Festungs-Fernsprech-Komp. 4 usw.) angehört haben, von dort aus aber infolge Fehlens entsprechender Feld- oder Ersatztruppenteile bei Bildung oder zur Ergänzung von preußischen Formationen verwendet worden sind und sich zur Zeit bei nichtwürttembergischen Formationen befinden. b) Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes der unter a) genannten Formationen, welche während ihrer aktiven Dienstzeit württembergische Kontingentsangehörige waren, bei Ausbruch der Mobilmachung ihren Wohnsitz in Württemberg hatten, demgemäß durch württembergische Bezirkskommandos einberufen worden sind und in gleicher Weise wie diejenigen zu a) bei der ersten Einstellung nichtwürttembergischen Behörden, Truppenteilen oder Ersatztruppenteilen zugeteilt worden sind. Ferner wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Staatsangehörigkeit (durch Geburt) an sich für die Frage einer Rückversetzung zu Truppenteilen des betreffenden Kontingents ohne Einfluß ist. h.

* **Zur Regelung der Petroleumversorgung.** Dem Beispiel anderer Kommunalverbände folgend, so im Herzogtum Sachsen-Altenburg des Kommunalverbandes Altenburg Stadt und Altenburg-Land, hat der Ronneburger Kommunalverband im Einverständnis mit dem Herzoglichen Ministerium die Petroleumversorgung selbst geregelt. Petroleum darf von nun an im Kommunalverband nur noch gegen Marken abgegeben und entnommen werden. Haushaltungen mit elektrischem oder Gaslicht bleiben unberücksichtigt. Für die Verteilung werden Verkaufsstellen bezeichnet, die das Petroleum unmittelbar durch den Kommunalverband erhalten. Dem Bedürfnis nach Petroleum entsprechend sind zur Berücksichtigung vier Gruppen gebildet, landwirtschaftliche Betriebe, Heimarbeiter, Haushaltungen mit Gewerbe, Haushaltungen ohne Gewerbe. Kranke können ähnlich der Krankenkost Sonderzuweisungen erhalten. Auf diese Weise wird verhindert, daß sich diejenigen Petroleum verschaffen, die es weniger brauchen, dem Händler aber hohe Preise zahlen oder aber entsprechende Gegenwerte, wie Butter usw., abgeben. Zu wünschen wäre es, wenn in sämtlichen Kommunalverbänden des Reiches eine derartige Regelung durchgeführt würde. KK.

* **Behandlung von Papiergarnerzeugnissen.** Dauernd werden Klagen darüber laut, daß Papiergarnerzeugnisse bei der Wäsche zerstört werden. Um diesem Mangel zu begegnen, wird vorläufig die Beachtung folgender Waschvorschriften empfohlen: 1. Das Kochen, Reiben und Auswringen mit den Händen ist unter allen Umständen zu vermeiden. Auswringen mit der Wringmaschine ist unschädlich. 2. Die Reinigung erfolgt mit Bürste, warmem Wasser (nicht über 40° C) und Seife oder Seifenpulver. Nach dem Waschen muß die Ware in lauwarmem Wasser gründlich gespült werden. Nach dem Spülen empfiehlt sich die Trocknung auf der Leine. 3. Es empfiehlt sich ein nicht zu heißes Bügeln in noch feuchtem Zustande auf der linken Seite. Wenn diese Vorschriften beachtet werden, ist eine längere Haltbarkeit der Ware möglich.

* **Praktische Lösung der Möbelfrage für Kriegsgetraute.** Aus Kassel wird geschrieben: Während in den meisten deutschen Städten die Frage der Möbelbeschaffung für die heimkehrenden Kriegsgetrauten noch im Stadium der Beratung ist, hat die Stadt Kassel bereits positive Arbeit geleistet. Ein Preisausschreiben ergab gute einfache und praktische Entwürfe für Kleinwohnungseinrichtungen, nach denen die Kasseler Schreiner Wohnzimmer-, Schlafstuben- und Kücheneinrichtungen anfertigen sollen. Vorerst werden dreihundert Einrichtungen für Dreizimmerwohnungen angefertigt. Zur Bestreitung der Unkosten stellte die Stadt Kassel den Schreinermeistern einen erstmaligen Kredit von hunderttausend Mark zur Verfügung. Die Forstverwaltung wird voraussichtlich billiges Eichen-, Kiefern- und Tannenholz liefern.

* **Aufklärung der Landbevölkerung.** Das stellv. Generalkommando entsendet in diesem Winter zu den größeren Bezirkskonferenzen des Bad. Bauernvereins einen Vertreter, um über die militärische Lage Aufklärung zu geben. Daß der Gedanke, die wirtschaftliche Aufklärung mit der militärischen zu verbinden, ein glücklicher ist, ging aus dem starken Besuch dieser Veranstaltung in Waldshut hervor, indem dort trotz des schlechten Wetters und der schlechten Verkehrsverhältnisse 65 Personen aus 61 verschiedenen Gemeinden zusammenkamen, zumeist Bauernvereinsvorstände, aber auch einige andere an der Aufklärung der Landbevölkerung interessierte Herren. Nachdem der Vertreter des Bad. Bauernvereins, Direktor Dr. Kengenheister, und der Vertreter des stellv. Generalkommandos, Hauptmann Dahlinger, einleitend einen Ueberblick über die im Vordergrund stehenden Fragen gegeben hatten, entspann sich eine lebhafte Aussprache, bei der die beiden Herren die an sie gerichteten Fragen und Rechtsanwalt Siebert die juristischen beantworteten.

* **Behandlung naß gewordener Kartoffeln.** Infolge der schnellen Schneeschmelze der letzten Tage sind vielfach Bäche und Flüsse über die Ufer getreten. Das Wasser ist oft in die Häuser gedrungen, so daß die in den Kellern lagernden Kartoffeln unter Wasser stehen. Die erste Voraussetzung für die Erhaltung dieses in gegenwärtiger Zeit so außerordentlich wichtigen Nahrungsmittels ist aber der Schutz gegen Nässe. Es muß daher sowohl den Verbrauchern, die auf einen Ersatz für zugrunde gegangene Vorräte nicht rechnen dürfen, als den Landwirten dringend angeraten werden, naß gewordene Kartoffeln, so lang die milde Witterung anhält, möglichst rasch zum Trocknen an die Luft zu bringen. Zur Wiedereinlagerung sollen nur trockene und frostsichere Räume benützt werden. Stehen andere geeignete Lagerräume nicht zur Verfügung und gelingt es nicht, das in den Keller gedrungene Wasser vollständig zu entfernen, so ist zum mindesten zu verlangen, daß vor dem Wiedereinbringen der Kartoffeln ein genügend hoher Lattenrost eingelegt wird, auf dem die Knollen hohl liegen und vom Wasser nicht erreicht werden können.

* **Verein Rechtsschutzstelle für Frauen und Mädchen.** Ueber die Gewerbe-Unfallversicherung, die am 1. Januar 1913 in Kraft getreten ist, weiß man in den in Frage kommenden Kreisen noch viel zu wenig. Wer bei einer versicherten Tätigkeit einen Betriebsunfall erleidet, hat gesetzliche Leistungen zu beanspruchen. Es ist von einem Unfall sofort dem Arbeitgeber, den Vorgesetzten und der Berufsgenossenschaft Mitteilung zu machen, und zwar auch dann, wenn es zunächst nicht feststeht, ob der Unfall schädigende Folgen für die Zukunft haben wird. Die Mitteilung an den Arbeitgeber allein genügt nicht. Der Versicherte ist verpflichtet und berechtigt, selbst binnen 2 Jahren nach dem Unfall Rentenansprüche bei der Berufsgenossenschaft anzumelden. Diese Anmeldungen können von der Rechtsschutzstelle aus geschehen. Sprechstunden altes Rathaus, Zimmer Nr. 12, Montags und Donnerstags von 5—7 Uhr, für die städtische Rechtsauskunftsstelle Freitags von 5—7 Uhr ebendaselbst.

Vereinsnachrichten.

Turnverein Mannheim von 1846. Ein getreuer Jünger Jahns ist in Parteisekretär Heinrich Haupt am 9. Januar 1918 zur ewigen Ruhe gebettet worden. In Leipzig-Lindenau, wo Altmeister Götz 6 Jahrzehnte wirkte, ist Haupt am 13. März 1853 geboren. Im Männerturnverein Lindenau verband ihn herzliche Freundschaft mit Dr. Götz. Als 10jähriger Knabe erlebte Haupt das deutsche Turnfest in Leipzig als einen ungeheuren Auftakt für das kommende einige deutsche Reich mit. Zeit seines Lebens ist er überall, wo er wirkte, mit Wort und Tat für die deutsche Turnsache eingetreten. Dr. Götz schrieb vor etwa 3 Jahren über den alten Vater Haupt: „Er ist ein Mann von seltenem Idealismus, dem er trotz aller Lebensstürme treu geblieben ist". Als Haupt im Jahre 1904 hierher kam, hat er sich mit seinem flotten Körper in die Reihen der Männerabteilung gestellt und mit manch feuriger Rede wußte er die Jugend bei den Kriegstagungen zu begeistern. Seine persönlichen Erinnerungen an Dr. Götz, dem er einen tiefempfundenen Nachruf widmete, werden allen Hörern unvergessen bleiben. Landgerichtsrat Dr. Wolfhard legte an seinem Grabe einen immergrünen Kranz nieder als Dank der deutschen Turnerschaft an diesen treuen Kämpfer für deutsches Volkstum und vaterländische Gesinnung. In der nächsten Kriegstagung am Samstag, den 26. Januar, die als Kaisers Geburtstagsfeier geplant ist, wird Dr. Wolfhard als Einleitung ein Bild des Lebens und Wirkens Haupt's geben. Nach den unfreiwilligen Kohlenferien werden im Laufe dieser Woche alle Abteilungen ihren Betrieb wieder aufnehmen. Das auf Sonntag, den 5. Mai angesetzte Schauturnen im Rosengarten erfordert emsige Arbeit in allen Abteilungen.

Aus Ludwigshafen.

* **Zunahme des Fischfrevels.** Sehr stark überhand nehmen die Fischfrevel in den Altwassern des Rheins. Unter Anwendung von Sprengmitteln werden die Fische betäubt, sodaß sie leblos auf die Wasseroberfläche kommen, wo die größeren dann leicht zusammengefischt werden können. Die auf diese Art und Weise gefangenen Fische sind durchaus genießbar. Die Fischräuber haben natürlich zur Zeit überall Abnehmer. Die kleineren Fische, hauptsächlich die für die Aufzucht so wertvollen Sämlinge, bleiben im Wasser liegen und gehen zu Grunde. Auf der Oberfläche eines so ausgeräuberten Altwassers schwimmen dann tagelang Tausende kleiner Fischleichen herum. Da die meisten Rheinfische in den Altwassern ihre Brutstätte haben, ist dadurch der reiche Fischbestand des Rheins außerordentlich gefährdet. Der Pfälzische Kreisfischereiverein sah sich daher veranlaßt, auf die Ergreifung solcher Fischfrevler, die ihr unsauberes Handwerk meistens in mondhellen Nächten ausüben, namhafte Belohnungen auszusetzen.

Aus dem Großherzogtum.

* **Heidelberg,** 17. Jan. Im „Pfalzgrafen" (Kettengasse) fand gestern Nachmittag eine öffentliche Versammlung, einberufen vom Wirteverein für den Bezirk Heidelberg, statt, die sehr zahlreich besucht war. Auf Einladung waren auch eine größere Anzahl Mitglieder des hiesigen Hotelbesitzervereins anwesend. Herr Stadtrat Dr. Kaufmann sprach über die vaterländische Pflicht der Gasthofbesitzer, entbehrliche Hotel- bezw. Gasthauswäsche freiwillig gegen Bezahlung an den Kommunalverband abzuliefern. Er forderte die beiden Vereine — den Hotelbesitzerverein und den Wirteverein — auf, sich gegenseitig über die Ablieferung zu verständigen und in ihren Mitgliederkreisen für die Sache zu werben. Die Wäschebestände der Privaten zu beschlagnahmen, läge vorläufig nicht in der Absicht der Reichsbekleidungsstelle. Auch hier solle sich die Ablieferung auf dem Wege der Freiwilligkeit vollziehen. Auf eine Anfrage erklärte Herr Dr. Kaufmann, daß auch Wirtebetriebe unter 5 Fremdenbetten und mit weniger als drei beschäftigten Personen als beschlagnahmepflichtig für Wäsche anzusehen seien. Nur seien sie von der freiwilligen Meldepflicht entbunden. Weiter behandelte der Vorsitzende ein Schreiben des hiesigen Vertrauensmannes der Reichskohlenstelle, Herrn Baurat Kuckuck, in dem der Verein aufgefordert wird, seinen Mitgliedern bekannt zu geben, daß zwecks Ersparung von Brennstoff und elektrischer Kraft die Beleuchtung der Wirtebetriebe von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags verboten ist. Ferner sind verboten: alle elektrischen Heiz-, Koch- und Bügelapparate. Der Verein beschloß gleichwie der Hotelbesitzerverein, für seine Mitglieder diese Bestimmungen, die in jedem Zimmer eines Gasthauses, für die Fremden zur Kenntnisnahme deutlich sichtbar aufgehängt sein müssen, drucken zu lassen. Aus dem weiteren geschäftlichen Teil ist noch erwähnenswert, daß die im Herbst vorigen Jahres gegründete Zentral-Einkaufsgenossenschaft badischer Gastwirte — der auch die meisten Mitglieder des hiesigen Vereins angehören — bereits 688 Mitglieder mit 692 Anteilen und einem einbezahlten Stammanteil von 75 700 Mark umfaßt und daß der Umsatz im Oktober 1917 5707.50 Mk., im November 13 944.32 Mk., im Dezember 28 587.19 Mark, der gesamte Umsatz im ersten Vierteljahr des Bestehens also 48 239.01 Mk. betrug.

)(**Mosbach,** 21. Jan. Auf der Landstraße von Mosbach nach Rüstenbach wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Die Rabenmutter konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

× **Mondfeld bei Wertheim,** 22. Jan. Beim Schlittenfahren wurde der Sohn des Bäckermeisters Friedr. Gehrig gegen einen Baum geschleudert und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

× **Adelsheim,** 22. Jan. In Kord wurde lt. „Heidelb. Tagbl." von zwei kriegsgefangenen Russen einem 4jährigen Knaben, der in die stark angeschwollene Hergenbach gefallen und dem Ertrinken nahe war, das Leben gerettet.

)(**Karlsruhe,** 21. Jan. Der Ortsausschuß Karlsruhe der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände hat an alle Geschäftshäuser und Behörden des Bezirks Karlsruhe ein Rundschreiben

Das Bodenseebuch 1918.

Dieses heuer zum fünftenmal erschienene Jahrbuch, das der Verlag Reuß und Itta in Konstanz herausgibt, war von Anfang an den süddeutschen Literatur- und Naturfreunden mehr als nur ein Almanach, den man ohne viel Teilnahme durchblättert und dann wieder weglegt. Es bestach vom ersten Tage an durch zweierlei: Durch einen sehr sorgfältig redigierten Text und durch gute Ausstattung. Man hätte sich sonst nicht viel damit abgegeben. Da dichteten ein paar Lyriker von der Schönheit des Sees; andere gaben Novellen oder Sagen in neuer Fassung; Wissenschaftler plauderten von der Geschichte der Seegegend und von dem Inhalt alter Archive; Maler schließlich steuerten einige Ansichten bei . . . nun ja, ganz nett, aber was sollte das für die anderen, die fern von Oberbaden wohnen? Als einer jener gleichgültig gemachten Kalender, die nur Geld bringen sollen, hätte das Bodenseebuch niemals die große Zahl von Lesern gefunden.

So war es aber nicht. Das Bodenseebuch ist mehr. Im ersten Jahre seines Bestehens schon bot es Anderes und in den folgenden vervollkommnete es sich noch bedeutend. Ein arbeitsamer Verlag mit geschmackvollen Leitern hat von den vielen Dichtern, Künstlern und jungen Gelehrten, die an den stillen Ufern des Sees allmählich sich zusammengefunden haben, die fähigsten herangezogen. Dort lebt ein Emanuel von Bodmann, ein Ludwig Finkh, ein Fritz Mauthner. Andere Anerkannte wie Wilhelm von Scholz, J. C. Heer, Wilhelm Schussen, Richard Rieß, die heute an anderen Orten arbeiten, hatten früher in der Ruhe und Schönheit jener Gegend ihrem Schaffen geübt und bewahrten dieser Zeit ihre Dankbarkeit. Sie alle vereinigte man. Sie sollten sagen, was der See ihnen ist, oder geben, was sie unter dem Eindruck seines Bildes gedichtet. Jedes Jahr ein neuer Band, immer weit über die Hälfte des Inhaltes der Landschaft gewidmet, nicht Beschreibung, sondern Erlebnis, nicht Reisebeschreibung, sondern Dichtung, nicht Gelegenheitsreimen, sondern Lyrik, nicht Photographien, sondern geschaute und verarbeitete Bilder als Künstlerblätter: Das ganze Buch ein Hoheslied auf die Pracht dieses Fleckchens Erde!

Künstler und Dichter folgten gern dem Ruf. Die Bücher wurden, wie sie geplant waren. Bewundernswert viel Gutes kam zusammen. Wer ein Herz hat, die Andacht mitzuempfinden, die manche dieser Beiträge hat entstehen lassen, kann das Blau dieses Wassers sehen, den Reichtum dieser Natur, den Glanz ihrer Sonne, die Freundlichkeit ihrer Dörfer und Städtchen, die Biederkeit ihrer Bewohner, — die Berge und Täler, die Wälder und Wiesen, die spiegelblanke Fläche des Sees und dahinter die weißen Kolosse der Alpenwelt. . . . Der Bodensee lebt in den Beiträgen. Man weiß aus ihnen, wie schön er ist, und man ahnt die Sehnsucht, die die Fortgerufenen immer wieder zu ihm zieht. Man glaubt, daß dort ein Land ist, wo die Begeisterung der Dichter und Künstler immer wieder Nahrung findet.

*

Allerdings, ein solches Buch wäre trotzdem nicht möglich, leitete es nicht ein feingebildeter Redakteur. Namentlich auf künstlerischem Gebiet wäre es leicht zu verderben. Man hätte nur zu versuchen brauchen, farbig wiederzugeben, was die Maler in Farben gestaltet, und schon wäre der Wert vermindert. Denn bei den vorhandenen Mitteln hätte nicht mehr erreicht werden können, als die meisten Familienblätter geben: nuancenlose Drei- oder Vierfarbendrucke, die jede Feinheit ersticken. Dem großen Publikum wäre es vielleicht zu Dank geschehen; dem kleineren Kreis derer, die Bilder sehen können, hätte es die Freude zerstört. Statt dessen wählte man den Schwarz-Weiß-Druck. Es ist noch gar nicht lange her, daß man ihn auch im breiteren Urteil dem Buntdruck gleichgestellt hat. Die Zeitschrift „Licht und Schatten" und Fritz Heiders köstlicher Abreißkalender führten ihn vor wenigen Jahren erst wieder ein. Das Bodenseebuch folgte bald. Schlichte Federzeichnungen, manchmal nur wenig Striche, stellen eine Szene hin und treffen den Charakter ebenso fein wie sorgsames Ausmalen. Dabei zerstört hier keine technische Unvollkommenheit in der Reproduktion die Wirkung. Namentlich Peter Halm und C. Th. Meyer stifteten für den neuen Jahrgang wieder ein paar köstliche Blätter. Den Kalender begleitet mit Monatszeichnungen diesmal J. Osthoff, ein neuer Mitarbeiter. Es sind, vereinigt, Tier- und Landschaftsbilder. Wenn von ihnen auch nicht alle ungeteilten Beifall finden mögen, glückten einige (Januar, Februar, Oktober, November) doch recht gut. Zum erstenmale begegnet man ferner K. F. Waibel, A. Albers-Waibel und Bernhard Albers. Für den nächsten Jahrgang empfiehlt es sich wohl, dem Inhaltsverzeichnis auch die Namen der Künstler und ihrer Arbeiten anzugliedern.

Der literarische Teil enthält wie früher viele Verse, Geschichten, Aufsätze, Anekdoten. Außer den oben genannten sind noch eine lange Reihe anderer süddeutscher Schriftsteller vertreten. Auch hier traf der Redakteur (Dr. G. Hägermann in Konstanz) eine Auswahl, die sich durchweg auf guter Höhe hält. Man fühlt sich stets angeregt; nicht wie bei vielen Kalendern, wo gedruckt ist, was gerade den Platz füllt. Man anerkennt auch gern, daß bei aller Buntheit des Gebotenen nicht sensationeller Stoff, sondern dichterische Gestaltung den Ausschlag geben.

Lob verdient die Ausstattung. Bei geringem Preis (2,50 Mk.) sind 180 große Seiten schon viel, und wurden sie außerdem auf gutem, teilweise holzfreiem Papier so sorgfältig gedruckt, buchtechnisch schön ausgestattet, Schmuck und Bilder einwandfrei wiedergegeben, so darf man unter den schwierigen Verhältnissen dieser Zeit dem Verlag dafür doppelten Dank zollen.

Es ist ein wertvolles und hübsches Buch geworden. Zwar lärmt der Krieg nicht in ihm und auch von Leidenschaften spürt man wenig; aber in stillen Stunden wird man gern mit Herz und Auge sich an ihm freuen. K. P.

Kunst und Wissenschaft.

Zur Nachfolge Max Grubes

meldet die „Vossische Zeitung" Folgendes: Es ist zweifelhaft, ob das Deutsche Schauspielhaus einen neuen künstlerischen Leiter erhält. Es verlautet, daß Roehne, der bisherige kaufmännische Direktor, mit weitgehenden Befugnissen alleiniger Direktor wird. Als neuer Oberspielleiter soll Carlheinz Martin gewonnen werden, der vor kurzem erst als Spielleiter an das Hamburger Thalia-Theater gekommen ist. Dies Engagement kann aber nur erfolgen, falls der dreijährige Kontrakt Martins vom Direktor Rüdbeling gelöst wird. Es besteht allerdings Aussicht, daß ein Arrangement in der Weise zustandekommt, daß im Austausch für Martin Erich Ziegel, der jetzige Spielleiter am Deutschen Schauspielhaus, ans Thalia-Theater geht.

Carlheinz Martin, von dem hier die Rede ist, ist auch dem Mannheimer Publikum aus früherer Tätigkeit am Hoftheater bekannt.

Nichtigkeit der Kriegsklausel in Bühnenverträgen.

Nach Ausbruch des Krieges haben vielfach Theaterdirektionen mit ihren Bühnenmitglieder nach Aufhebung des Friedensvertrages einen sogenannten Kriegsvertrag geschlossen, welcher die Bezüge auf 50 bis 75 v. H. herabsetzte, kurzfristig kündbar war und während der Spielzeit 1914/15 von seiten der Direktion von Monat zu Monat verlängert werden konnte. Das Reichsgericht (3. Zivilsenat, Urteil vom 15. Dezember 1917) hat diesen Kriegsvertrag, weil gegen die guten Sitten verstoßend, als ungültig erklärt.

Carl Hauptmann

hat sein vor Jahren erschienenes tragisches Schauspiel „Die Austreibung" einer Neubearbeitung unterzogen. Sie wird im Frankfurter Schauspielhaus zur Uraufführung kommen.

MARCHIVUM

über die Gehälter der Angestellten gesandt und eine „Denkschrift über Mindestgehälter für kaufmännische Angestellte" beigefügt. Der Ortsausschuß gab der Ersten und der Zweiten Kammer hiervon Kenntnis mit der Bitte, die Bestrebungen der kaufmännischen Angestellten nach Kräften zu unterstützen. Der Ortsausschuß sprach dabei die Hoffnung aus, daß auch die Behörden den berechtigten Wünschen der kaufmännischen Angestellten volles Verständnis entgegenbringen und daß sie Gemeinde-, Staats- und Kriegslieferungen nur an solche Geschäfte vergeben, die sich zur Einhaltung der Mindestgehälter verpflichten.

× **Engen**, 22. Jan. Der 54jährige Waldhüter Karl Reiter von Bittelbronn wurde von einem stürzenden Stamm erschlagen.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Dienstag, den 22. Januar.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer eröffnet die Sitzung um 3,20 Uhr in Anwesenheit von 86 Mitgliedern.

Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

Das Amt des Gemeinderichters und Schiedsmannes.

Der Stadtrat hat 1. Stadtrechtsrat Brehm zum Gemeinderichter und die Stadtrechtsräte Dr. Erdel, Niedersee und Dr. Zipse zu Stellvertretern des Gemeinderichters auf die Dauer von 3 Jahren vorbehaltlich ihres früheren Ausscheidens aus dem Gemeindedienst ernannt und 2. auf Antrag des Oberbürgermeisters das Amt des Schiedsmannes in streitigen Rechtsangelegenheiten Stadtrechtsrat Brehm auf die Dauer von 3 Jahren vorbehaltlich seines früheren Ausscheidens aus dem Gemeindedienst übertragen. Zu Stellvertretern des Schiedsmannes wurden für die Dauer von 3 Jahren vorbehaltlich ihres früheren Ausscheidens aus dem Gemeindedienst die Stadtrechtsräte Dr. Erdel, Niedersee und Dr. Zipse ernannt. Der Bürgerausschuß wird um Zustimmung zu diesen Beschlüssen gebeten.

Nach kurzer Empfehlung durch Stv.-V. Pfeifle ohne Debatte einstimmig angenommen.

Erwerbung von Grundstücken.

Der Stadtrat hat die Erwerbung von neun Grundstücken zum Preise von 61 Pfg. bis 4,50 M für den Quadratmeter im Gesamtflächeninhalt von 34 723 Quadratmeter beschlossen und zur Bestreitung der Kaufpreise und Kaufkosten aus Grundstocksmitteln einen Kredit in Höhe von 125 500 M mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligt. Die Grundstücke liegen auf der Friesenheimer Insel, in den Gemarkungen Feudenheim und Käfertal und im Herzogenried. Das letztere Grundstück ist 23 090 Quadratmeter groß, kostet 4,50 M pro Quadratmeter und bildet eine wertvolle Ergänzung des im Jahre 1911 von der Gr. Domäne erworbenen Herzogenriedgeländes, für das 4,09 M auf den Quadratmeter bezahlt werden mußten. Der etwas höhere Preis für das nunmehr erworbene Grundstück rechtfertigt sich teils aus der näheren Lage der Stadt, teils aus dem Wegfall der an dem domänenärarischen Gelände haftenden Verwendungsbeschränkungen. Der Bürgerausschuß wird um Zustimmung zu den Käufen (Stadtratsbeschlüssen) gebeten.

Nach kurzer Empfehlung durch Stv.-V. Ihrig ohne Debatte einstimmig angenommen.

Verkauf des städtischen Grundstücks Lgb.-Nr. 5. 1078b in Sandhofen.

Das Grundstück soll freihändig parzellenweise an die 7 Angrenzer zum Preise von 1 M für den Quadratmeter unter Belastung der Käufer mit den Kauf- und Vermessungskosten verkauft werden.

Stv.-V. Ihrig begründet die Vorlage, die einstimmige Zustimmung findet.

Abgabe von Strom aus dem städtischen Elektrizitätswerk.

Der Stadtrat hat vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses beschlossen, die Wirksamkeit des § 11 der Strombezugsbedingungen, lautend: „Ausnahmen von den vorstehenden Bestimmungen können in einzelnen Fällen vom Stadtrat eingeräumt werden", auf weitere 3 Jahre, d. i. bis 31. Dezember 1920, zu erstrecken.

Nach einigen empfehlenden Worten des Stv.-V. Noll ohne Debatte einstimmig angenommen.

Betriebserweiterungen beim Gas- und Elektrizitätswerk.

Der Stadtrat hat vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses für die Beschaffung von Gasmessern 30 000 M, von Münzgasmessern 360 000 M, für Gaszuführungen 9000 M, für Hochspannungskabel 10 000 M, für Transformatorenstationen 30 000 M, für die Beschaffung von Transformatoren 10 000 M und von Zählern 35 000 M bewilligt. Der erforderliche Gesamtbetrag von 484 000 M ist darlehensweise bei der Kasse der Erneuerungsfonds aufzunehmen.

Die Begründung der Vorlage wird durch Stv.-V. Noll gegeben. Dem Annahmevorschlag erfolgt einstimmige Genehmigung.

Errichtung eines Säuglingsheims.

Der Stadtrat hat vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses beschlossen, den bei der Kasse des Armen-, Fürsorge- und Jugendamts im Rechnungsjahr 1916 gegenüber dem Voranschlag eingesparten Betrag nach Abzug der für das Wöchnerinnenasyl Lulsenheim bewilligten 33 000 M in Höhe von 253 284 M dem Stock zur Errichtung eines Säuglingsheimes zu überweisen.

Stv.-V. Fuhs verweist darauf, daß der Bürgerausschuß schon am 28. Dezember im Prinzip der Ueberweisung des eingesparten Betrags bei der Kasse des Armen-, Fürsorge- und Jugendamtes zu einem Fonds für ein Säuglingsheim zugestimmt habe.

Stv. Makat (Soz.) wünscht, daß das Säuglingsheim recht bald Gestalt annimmt. Der Ertrag der Lustbarkeitssteuer könnte vielleicht auch diesem wichtigen sozialen Zweck zugeführt werden.

Stv. Mayer-Dinkel weist darauf hin, daß in unzutreffender Weise in der Vorlage von Ersparnissen durch das Armen-, Fürsorge- und Jugendamt gesprochen werde. Die Gelder rührten daher, daß in das Budget 1916/17 zu große Summen eingesetzt wurden. Er werde selbstverständlich für die Vorlage stimmen, müsse aber beanstanden, daß für ein so großes Projekt wie es das Säuglingsheim sei, bisher kein Finanzplan vorgelegt worden sei. Redner weist auf den bedeutenden Geburtenrückgang hin. Es handele sich hier um ein Bevölkerungsproblem und es sei deshalb Sache des Reichs und der Einzelstaaten, hier mitzuwirken und die Städte bei derartigen horrenden Ausgaben mit Beihilfen zu unterstützen.

Stv. Levi (soz.) gibt dem Wunsche ebenfalls Ausdruck, daß der Fonds bald so anwächst, daß man an die Errichtung des Heims ernstlich denken könne. Fast ebenso wichtig wäre ein Altersheim für Mannheim, und er empfiehlt, nach der Schaffung des Säuglingsheims diesem Gedanken näherzutreten.

Bürgermeister von Hollander erwähnt, daß die Einsparungen bei der fraglichen Kasse nicht auf Kosten der Armen gingen, sondern daß sich die Einsparung lediglich daraus erklärt, daß ein großer Teil der Ausgaben teils von der Kriegsfürsorge, teils aus Anlehensmitteln getragen wurde, was auch bei der kommenden Rechnung der Fall sein würde.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer berichtet, daß manches geschehen sei, den Plan des Säuglingsheims seiner Ausführung näher zu bringen, aber der Krieg stehe der Verwirklichung noch entgegen. Dem Gedanken eines Altersheimes stehe er sympathisch gegenüber und die Ersparungen des nächsten Rechnungsjahres könne man vielleicht diesem Zweck zuführen. An den Ausdruck „Ersparung" müsse man sich, als an einen rechnungstechnischen, gewöhnen.

Auch Stv. Wegerle (Ztr.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu der Vorlage und begrüßt den Gedanken eines Altersheims.

Stv. Mayer-Dinkel wünscht, daß für solche Angelegenheiten wie das Säuglingsheim Sondervorlagen gemacht werden.

Stv. Vögtle (Fortschr.) gibt dem Stv.-V. Mayer-Dinkel recht, daß es richtiger wäre, die Ersparnisse Fonds zu überweisen und dann daraus zu schöpfen, wenn die Ausgaben für die betr. Budgetposten steigen. So hätte man auch beim Armenbudget verfahren sollen.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer spricht sich gegen die Auffassung des Vorredners aus. Es sei viel richtiger, die überschüssigen Mittel für die Generation zu verwenden, die sie aufgebracht hat. Die Kommenden sollten nicht zu Ungunsten der Vorangegangenen entlastet werden.

Stv. Mayer-Dinkel weist darauf hin, daß niemals die Rede davon gewesen sei, daß ein Fonds für ein Säuglingsheim angelegt werden solle. Man hätte für die Errichtung des Säuglingsheims eine Vorlage ausarbeiten sollen.

Oberbürgermeister Dr. Kutzer erwidert, wenn man eine Vorlage mache, müsse auch Geld dafür vorhanden sein.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Erhebung einer Lustbarkeitssteuer.

Der Stadtrat beantragt die Genehmigung des dem Bürgerausschuß vorliegenden Entwurfes einer Lustbarkeitssteuer für die Stadt Mannheim mit der Ermächtigung, den Zeitpunkt des Beginns ihrer Wirksamkeit zu bestimmen.

Stv.-V. Ihrig weist darauf hin, daß im Norden und Westen schon eine Reihe von Städten von der Größe Mannheims und kleinere die Lustbarkeitssteuer eingeführt haben und daraus ganz gute Einnahmen erzielen. Der Plan sei auch für Mannheim nicht neu. Die Ausführung eines solchen Entwurfs sei nicht leicht, man mußte den besonderen Verhältnissen Mannheims Rechnung tragen und habe mit dem vorliegenden Entwurf einen guten Mittelweg beschritten. In gewissem Sinne bedeute die Steuer einen gerechten Ausgleich für die ungleiche Erfassung bei der Einkommensteuer. Es sei nicht unbedeutend, daß die Einnahmen aus der Lustbarkeitssteuer eine Schuld von etwa 7 Millionen Mark verzinsen. Der Stadtverordnetenvorstand hat den Plan beraten, ist sich aber nicht einig geworden. Die Mehrheit empfiehlt die Annahme, die Minderheit die Ablehnung.

Stv. Lehmann (Soz.) stellt fest, daß seine Fraktion die Steuer aus prinzipiellen Gründen ablehnt. Die Voraussetzung, daß die Steuer ausgleichend wirken werde, treffe nicht zu. Die Kreise, die sich ein kleines Vergnügen leisten wollten, würden am härtesten getroffen. Die Durchführbarkeit der Steuer sei fast unmöglich. In der Vorlage sei bei der Vergleichung mit anderen Städten immer nur von der Einschätzung die Rede. Auch die Angabe der bevorstehenden Ausgaben bei der Erhebung der Steuer fehle. Redner geht auf die Einzelheiten der Schwierigkeiten ein, die sich der Durchführung der Steuer entgegenstellen. So bezweifelt er, daß ein Musik- oder Sprechautomat eine Lustbarkeit sei. Die Einführung der Steuer während der Kriegszeit, in der man alles nur auf Marken bekomme, mache einen schlechten Eindruck.

Stv. Herbst (Fortschr.) erklärt die Zustimmung eines Teils seiner Parteifreunde zu der Vorlage und betont, daß die Vorlage aus einer Notlage heraus geboren ist. Im Frieden hätte seine Partei wohl einen solchen Antrag abgelehnt. Aber man müsse in einer Stadt wie Mannheim darauf sehen, daß die Umlagen nicht erhöht werden.

Stv. Böttle (Fortschr.) spricht für den die Vorlage ablehnenden Teil seiner Fraktion. Er schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des Stv. Lehmann an. Der Erfolg würde jedenfalls hinter den Erwartungen zurückbleiben und die Beunruhigung, die die Steuer hervorriefe, sei nicht zu übersehen. Es sei zu befürchten, daß viele Leute sich auf die Dörfer verziehen würden, um dort ihrem Vergnügen nachzugehen. Die Mannheimer Geschäftsleute hätten den Schaden davon. Es sei auch sehr schwer die Grenze zwischen Lustbarkeit und künstlerischer Darbietung zu ziehen.

Stv. König (natl.): Meine Fraktion wird der Steuer zustimmen. Die Bedenken, die geltend gemacht werden, haben ihre sachlichen Gründe. Auch der Name ist nicht richtig gewählt. Aber das tut nichts zur Sache. Wir sehen uns in die Notwendigkeit versetzt, für die Stadt Geld zu schaffen. Wir müssen neue Steuerquellen neben der Umlage zu erschließen suchen. Und wenn wir das Gebiet übersehen, auf welchem derartige Steuerquellen zu erschließen sind, so sehen wir, daß sehr beschränkte Möglichkeiten vorhanden sind. Da scheint mir dasjenige, was in den Begriff Lustbarkeit zusammengefaßt ist, diese Steuer ein durchaus geeignetes Steuerobjekt zu sein. Mögen die Veranstaltungen sozialen, kulturellen oder künstlerischen Bedürfnissen entsprechen, so gehören sie eben doch nicht zu den unbedingten Notwendigkeiten des Lebens. Es muß eben jeder Bürger Mannheims sich damit abfinden, daß er durch die Teilnahme an einer solchen Veranstaltung sich einen Genuß verschafft, an dem die Stadtgemeinde mit einem Obolus teilnimmt. Wir haben in der Zukunft große Lasten und große Beträge aufzubringen. Auf die Umlagen alles zu legen, ist einfach schlechterdings unmöglich. Wenn wir diesen Schritt nicht tun, dann wüßte ich wirklich nicht, wie wir irgendwelche Steuerquellen erschließen können. Entweder wir legen alles auf die Umlage oder wir suchen auf anderen Wegen der Stadt Mittel zuzuführen.

Stv. Wendling (Mtzprt.) ist der Ansicht, daß Mannheim auf diese Einnahmequelle nicht verzichten könne. Die jetzt für Vergnügen ausgegebenen Mittel seien sehr hoch und es sei ganz in Ordnung, daß davon etwas der Allgemeinheit zugeführt würde. Die Vorlage sei sehr gut durchgearbeitet und er bitte nur, bei der Durchführung loyal zu verfahren.

Stv.-V. Noll (Ztr.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion. Bei den großen Ausgaben sei man auf neue Einnahmequellen unbedingt angewiesen. Man könne voraussetzen, daß nicht engherzig verfahren werde, und wenn Härten vorkommen würden, könnten sie ja noch gemeldet werden.

Annahme der Vorlage mit knapper Mehrheit.

Nach weiterer Debatte erfolgt namentliche Abstimmung. 47 Stadtverordnete stimmen mit Ja, 43 mit Nein. Die Vorlage ist infolgedessen mit knapper Mehrheit angenommen.

Mannheimer Strafkammer.

Strafkammer II. Sitzung vom 17. Januar. Vorsitzender Landgerichtsrat Dr. Strauß.

Wegen Ehebruchs hatte das Schöffengericht die 29 Jahre alte Gertrud Giawka und den praktischen Arzt Dr. Hofert, beide aus Ludwigshafen, zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. Die Ehe der Angeklagten Giawka, die mit einem Arbeiter verheiratet war, ist auf die Klage des Ehemanns aus Verschulden der Frau geschieden worden. Alsdann ging der Ehemann mit einem Strafantrag gegen seine Frau und deren Freund vor. Die Berufung der Beiden wurde als unbegründet zurückgewiesen.

Der 30 Jahre alte Arbeiter Heinrich Stumpf ist nicht an der Front, weil er dienstunwürdig ist. Der Ernst der Zeit hat nicht bessernd auf ihn eingewirkt. Im Juni v. Js. sollte er einem Arbeiter Gg. Beck gehörigen Anzug dessen Eltern bringen. Er behielt ihn für sich. Im Juli versprach er der Wirtin Hergel, bei der er wohnte, Kartoffeln zu besorgen und ließ sich zum Einkauf 35 Mark geben. Die Wirtin könnte heute noch auf ihre Kartoffeln warten. Bevor er sich verpulverte, tauschte er noch seine schlechten Stiefel gegen die guten eines Gastes um. In Mainz ist Stumpf unlängst wegen anderer Streiche zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Heute gibt es eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 5 Monaten.

Als Pförtner in einem hiesigen Gasthof angestellt, verbesserte Paul Adolf Sch. aus Krobsdorf die Rechnungen der Gäste. Die Oberkellnerin erwischte ihn dabei, als er einem Gaste, der 10 Mark zu bezahlen hatte, noch 5 Mark dazuschrieb. Einem andern Gaste erhöhte er die Zeche um von 3,50 Mark auf 4 Mark. Es ist zu vermuten, daß er das Geschäft systematisch betrieb, aber nur die beiden Fälle konnten festgestellt werden. Vom Schöffengericht zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt, hat er Berufung eingelegt. Die Berufung begründet er damit zu begründen, daß er sagt, er sei haftbar für die Zeche gewesen. Nacht zu bezahlen und so habe er, in der Erregung, noch 5 Mark dazu. Bei einem Verwundetentransport habe sie durch einen Sturz Schaden geschrieben. Bei den 70 Pfennigen habe es sich um Trinkgeld gehandelt. Das Gericht kann sich nicht überzeugen, daß ihm Unrecht widerfahren und verwirft die Berufung.

Auf der Reise lernte die Verkäuferin Charlotte H. die Zahntechnikersehefrau L. kennen und erzählte — sie war in Schwesternkracht — Abenteuerliches von ihrer Lazarettwirksamkeit in Wilna. Bei einem Verwundetentransport habe sie durch einen Sturz Schaden an ihren Zähnen gelitten und das Rote Kreuz komme für die Kurkosten auf. Das war bis auf die Schadhaftigkeit der Zähne erfunden, aber ihren Zweck erreichte sie damit. Im L.schen Atelier wurde sie auf Kredit behandelt. Als es dann mit der Bezahlung der Rechnung — 90 Mark, die später auf 100 Mark aufgerundet wurden — haperte und die L. sich Einblicke in die Verhältnisse der H. verschafft hatten, erstatteten sie Anzeige wegen Betrugs und das Schöffengericht erkannte auf 2 Wochen Gefängnis. Fräulein H. legte Berufung ein, nachdem sie die Rechnung bezahlt hatte. Sie bestritt eine Betrugsabsicht gehabt zu haben, zumal ihr Vater, der als Schachtmeister bei der Heeresverwaltung 800 Mark im Monat verdiene, für den Betrag gut gewesen sei. Sie habe nur mit der Bezahlung zurückgehalten, weil die L.sche Arbeit so mangelhaft gewesen sei, daß sie in die Behandlung eines anderen Zahnarztes habe gehen müssen. Das Gericht hielt ihr Verhalten zwar für verdächtig, erkannte aber doch auf Freisprechung. Vert.: R.-A. Dr. Eberstheim.

Mannheimer Schöffengericht.

Eine Lotterwirtschaft führte die 21 Jahre alte Charlotte Mumpfer in einer ihr übertragenen Färberei-Filiale. Bei einer Aufnahme stellte sich heraus, daß in der Filialkasse etwa 850 Mark fehlten und außerdem wurden bei einer Haussuchung bei der Angeklagten für etwa 2000 Mark Kleider und Wäschestücke vorgefunden. Sie bestreitet zwar die Unterschlagungsabsicht und will sich damit herausreden, daß sie nach der Inventur die Sachen wieder in das Geschäft zurückgebracht hätte und mit der Wegnahme nur hätte verhindern wollen, daß der Chef die unterlassene Eintragung und Nummerierung merke, aber das Gericht konnte ihr nicht glauben, da sie eine Virtuosin im Lügen ist. Sie wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Gerichtszeitung.

sk. **Leipzig**, 17. Jan. (Nachdr. verb.) Der Kaufmann v. Drosdorf war 10 Jahre als Reisender für Eisen im Rheinlande tätig. Während des Krieges begann er auch eigene Geschäfte abzuschließen. So erhielt er aus Holland den Auftrag, Schlosserlösen, Markisen und Spiralbohrer in größeren Mengen nach dort zu liefern. Trotzdem am 6. Februar 1916 die Ausfuhr solcher Spiralbohrer von mehr als 1,5 cm Stärke verboten wurde, sandte v. Dr. doch solche nach Holland, die ein gewisser Kerstens geschickt mit anderen Gegenständen verpackte, daß sie der Kontrolle der Zollbeamten entgingen. Einmal kam jedoch ein findiger Beamter hinter die Schliche. Da eine Konfiskation der schon ausgeführten Waren nicht mehr möglich war, erhielten die beiden Schmuggler vom Landgericht Bochum am 10. August 1917 lediglich eine Geldstrafe und zwar entsprechend dem Werte der Konterbande v. Dr. 72 591,85 M und Kersten wegen Beihilfe 18 147,94 M. Die von dem Angeklagten K. eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen. (Aktenzeichen 5D. 833/17.)

Letzte Meldungen.

Die Sicherung der Binnenschiffahrtsgesellschaften für Deutschland.

Berlin, 20. Jan. (WTB. Amtlich.) Die drei in der Sitzung des Bundesrats vom 17. Januar erlassenen Verordnungen über die Veräußerung von Kauffahrteischiffen, Binnenschiffen und Aktien oder sonstigen Geschäftsanteilen deutscher See- und Binnenschiffahrts-Gesellschaften ans Ausland, treten an die Stelle von Verordnungen, die schon bisher solche Veräußerungen verboten hatten. Neu ist das Verbot der Veräußerung von Aktien und sonstigen Geschäftsanteilen deutscher Binnenschiffahrtsgesellschaften, die in dieser Beziehung nunmehr den deutschen Seeschiffahrtsgesellschaften gleichgestellt sind. Ferner sind die bisherigen Vorschriften über die Veräußerung von Kauffahrtei- und Binnenschiffen dahin ergänzt worden, daß nicht nur der Verkauf an Ausländer verboten ist, sondern auch der Verkauf an Deutsche, die nicht im Deutschen Reiche wohnen oder dort ihren dauernden Aufenthalt haben, sowie an Gesellschaften, die ihren Sitz im Auslande haben oder deren Kapital zum größeren Teil Ausländern zusteht. Im übrigen sind durch die jetzige Fassung der Verbote einige Zweifel behoben worden, die bei der Auslegung der bisherigen Verordnungen entstanden waren.

Wilson „wartet die Wirkung seiner Botschaft ab."

c. **Von der schweizerischen Grenze**, 22. Jan. (Pr.-Tel. g. K.) Einer Genfer Meldung zufolge berichtet der Herald: Die Vertagung der Pariser Wirtschaftskonferenz sei auf Wunsch Wilsons erfolgt, der zunächst die Wirkung seiner letzten Botschaft an die Mittelmächte abwarten will.

Handel und Industrie.

Wiesbadener Kronenbrauerei A.-G.

Frankfurt, 22. Jan. (Pr.-Tel.) Das mit 1,4 Millionen M Kapital ausgestattete Unternehmen erzielte im Geschäftsjahr 1916/17 nach 45 287 M. (i. V. M. 48 742) Abschreibungen einschließlich 24 711 M. (26 024) Vortrag 67 257 M. (63 506 M.) Reingewinn, aus dem wieder 2 Prozent Dividende für die 1 031 000 M. betragenden Vorzugsaktien verteilt werden. 12 127 M. (18 175) sollen zu Abschreibungen und 34 510 M. als Vortrag verwandt werden.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 22. Jan. (Pr.-Tel.) Mangels jeglicher Anregung wies der Verkehr an der heutigen Börse wieder eine sehr lustlose Haltung auf. Auf vielen Gebieten der variablen Werte kam das Geschäft heute völlig zum Stillstand, da die Spekulation sich äußerst zurückhielt und weiterhin das Privatpublikum nur spärliche Aufträge erteilte. In Rüstungswerten war das Geschäft sehr geringfügig. Einige Nachfrage bestand für Dynamit. Hirsch Kupfer schwächten sich ab. Die Kursentwicklung für die Aktien von Anilinfabriken war geringfügig. Etwas höher wurden Bad. Anilin gehandelt. Höchster Farben gut behauptet. Von den Montanwerten wurden Phönix etwas reger umgesetzt. Mannesmann fanden weitere Beachtung. Schiffahrtsaktien lustlos. Von den elektrischen Werten wurden Lahmeyer fester. Eisenbahnwerte blieben ohne Geschäftslos. Im freien Verkehr sind Petroleumaktien etwas regelmäßig gehandelt. Die Aktien der Benzgesellschaften wurden gesucht. Am Industriemarkt überwog wieder die Festigkeit. Zellstoff Waldhof, Mannheimer Stahl, Zementaktien waren bevorzugt. Die Aufwärtsbewegung der Aktien der Preßhefe Bast ist zum Stillstand gekommen.

Am Rentenmarkt blieben deutsche Anleihen im allgemeinen unverändert. Oesterreichisch-ungarische Renten erhöht. Russen schwach auf die neuen Vorgänge in Rußland. Die Börse schloß bei lustloser Haltung. Privatdiskont 4¼ Prozent und darunter.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 22. Januar (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	22. Geld	22. Brief	21. Geld	21. Brief
Konstantinopel	18.95	19.05	18.95	19.05
Holland 100 Gulden	215.50	216.00	215.50	216.00
Dänemark 100 Kronen	152.50	153.00	152.50	153.00
Schweden 100 Kronen	163.25	163.75	163.25	163.75
Norwegen 100 Kronen	161.25	161.75	161.25	161.75
Schweiz 100 Franken	112.50	112.75	112.50	112.75
Oest.-Ungarn 100 Kronen	66.55	66.65	66.55	66.65
Spanien	116.50	117.½	117.½	118.½
Bulgarien 100 Leva	80.—	80.½	80.—	80.½

Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort.

Duisburg-Ruhrort, 21. Jan. (Amtl. Notierung.) 100 k 215.75 M

Drahtglieder-Treibriemen mit weicher Lauffläche
PATENT KANISS

Beste Kraftübertragung
bei unveränderlich gleichmässigem Lauf
Glänzend bewährt

Zahlreiche Nachbestellungen bestätigen die bis jetzt unerreichte Brauchbarkeit

Verlangen Sie Drucksachen von
Louis Herrmann, Dresden-A. 24

Fachmännischen Rat geben: Papesch & Lemke, Frankfurt, Fernspr.-Amt Hansa 8027.
Vertreter für Nassau, Hessen, Baden und Pfalz.

Offene Stellen

Junge
für nachmittags einige Stunden gesucht. Ha8
Sporthaus Griasch D 1, 1 am Paradeplatz.

Tüchtige
Stenotypistin
mit mehrjähriger Büropraxis per 1. Febr. d. Js.
gesucht.
Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche sind zu richten an Ca88
Bopp & Reuther
(Sekretariat)
Mannheim-Waldhof.

Gute Hausschneiderin
ebenso Weißzeugnäherin sucht 1366

Waschfrau
für kl. Wäsche ges. Näh. in der Geschäftsst. 1299

Ordentliches
Alleinmädchen
zu kleiner Familie gesucht T 6, 25, 1 Treppe. 1319

Gutempf. Alleinmädchen
zu kl. kinderl. Familie auf 1. Februar gesucht. 1266
Rosengartenstr. 14, 4 St.

Auf 1. Februar findet
fleißiges Mädchen
Stelle. K 1, 4, 1. 1276

Stellen-Gesuche

Bürogehilfe
17 Jahre alt, mit allg. Büroarbeiten, sowie Lohn- und Krankenkassenwesen vertraut, sucht Stelle per 1. Febr. 1918.
Zuschr. unt. C. G. 107 an die Geschäftsstelle ds. Bl. Te23

Einfache Stühle
zu kaufen gesucht. 1301
Keller, Mennerstraße 21.

Schnauzer
Kriegshund oder Doberm. kauft 1287
Weyer, C 4, 1.

Kaufe gebr. Möbel, sowie ganze Einrichtungen
Starkand
T 2, 8. Tel. 3965.

Verkäufe

Preiswert zu verkaufen zweiflügiges 1375
Wohnhaus
im Zentrum. Angeb. unt. C. F. 56 an die Geschst.

Schönes Anwesen mit Wirtschaft
nebenbei für Metzgerei od. Bäckerei geeignet, in schöner Lage, Vorort Mannheim, preiswert zu verkaufen. Angebote unter C. G. 66 an d. Geschäftsst. 1297

Institut und Pensionat Sigmund
Tel. 4742 Mannheim A 1, 9
Der neue Abendkurs zur Vorbereitung zur Einj.-Freiw.-Prüfung für Anfänger beginnt am 24. Januar 1. J. Vorgeschrittene können in einen der bereits bestehenden fünf Abendkurse jederzeit aufgenommen werden. Pd25
Seit Frühjahr 1914 bestanden
112 Einjährige
(77 Tag- und 35 Abendschüler)
Auskunft durch den
Direktor H. Sigmund.

Pack- und Seiden-Papiere
in Bogen und Rollen
Schnellhefter (Leitz), sowie
Düten und Beutel
sofort lieferbar. 1323
Chr. Loesch
Telefon 6742 U 6, 20 Telefon 6742

Herrenlose Hunde betr.
Zugelaufen und bei Herrn Ernst Schweizer, wohnhaft in Mannheim, Riedfeldstraße 59, 2. St., untergebracht ein herrenloser Hund, Pinscher, männlich, schwarz mit gelben Füßen. Bz5
Zugelaufen und bei Franz Seib, wohnhaft in Luzenberg, Stolbergstraße 24, untergebracht ein herrenloser Hund, Pinscher, weiblich, schwarz mit weißer Brust.
Zugelaufen und bei Christian Berisch, Metzger, Schwetzingerstr. 153 untergebracht ein herrenlos. Hund, Spitzer, männlich, schwarz.
Zugelaufen und bei Feldwebel-Leutnant Schneider in Sandhofen, Sonnenstraße 58 untergebracht ein herrenloser Hund, Jagdhund, männlich, braun gefleckt.
Mannheim, 7. Jan. 1918.
Großh. Bezirksamt
Polizeidirektion.

Heirat vermitt. reell. bis Beam. u. allen Ständen. Fr. Geiger, Mannheim, Q 7 24 [illegible]

Zacherpeer, Schwetzingerstraße 64.

Für ein Baugeschäft wird per sofort oder 1. März
1 Kontoristin gesucht
welche in der Lage ist alle vorkommenden Büroarbeiten selbständig zu erledigen. Es wird nur auf eine ernste Kraft reflektiert, jüngere Damen ausgeschlossen. Zeugnisabschriften und Referenzen sind den Bewerbungen beizufügen. Angebote unt. C. K. 60 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 1374

Für die Abteilung
Wirtschaftsartikel
tücht. Verkäuferinnen
gesucht.
Herm. Schmoller & Co.

Kaufmann
aus d. Maschinenbranche, 35 Jahre alt, sucht anderweitig Stellung als
Materialverwalter
Einkaufs-Kontor oder Expedient.
Gefl. Angebote unter M. B. 46 V. Z. an Rud. Mosse München. E101

Älterer militärfreier
Meister
auch Erfahrung in Werkzeugen sucht in einer Maschinenfabrik Mannheims oder Umgebung sofort Stellung. Angebote erbet. an Hermann Schneider, Mannheim, Neckarauerstraße 187, 2. St. 1365

Asbestwarenfabrik
Süddeutschlands sucht einen erfahrenen Fachmann als E10
Betriebsleiter
Angebote unt. F. W. J. 203 an Rudolf Mosse Frankfurt a. M. erbeten.

Wer hätte Beschäftigung für einen 1317
Urlauber (Kaufmann)
für ca. 14 Tage. Gefl. Ang. u. C. X. 78 an d. Geschst.

Gebild. Fräulein, das in der französisch. Sprache, im Klavierspielen sowie im Vorlesen bewandert ist,

Junges Fräulein, aus besser. Familie wünscht sich in der
Zahnpraxis
auszubilden. Zuschriften unter C. M. 62 an die Geschäftsstelle. 1280

sucht Stelle
für nachmittags als Gesellschafterin oder zu Kindern. 1372
Angebote unter C. J. 58 an die Geschäftsstelle.

Kauf-Gesuche

Bess. Ladeneinrichtung
gut erhalten, zu kaufen gesucht. D23
Angebote mit Preisangabe unter C. H. 108 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

3 Oelgemälde
bekannter Namen, preiswert zu verkaufen. Näh. Rich. Brenzle, R 7, 34. 1278

Gebr. Kisten
in allen Größen, gut erh., bei abzugeben. 1365
Weidmann, K 2, 18
Telephon 2165

Moderner Wohnsalon,
wenig gebraucht, wegzugshalber zu verkaufen.
Rein, L 13, 11, Händler verb. Besichtigung: 10–12 u. 4–6 Uhr. 1308

1 Partie Phönix Palmen
Lorbeerbäume
und sonst. Gewächse
werden bill. verk. 1321
Waldhofstrasse 196
Fernsprecher 1878.

Glasabschluss und
40 Fenster
guterhalten, zu verk. 1322
Stohner, K 2, 9, 2. St.

Amtliches Verkündigungsblatt
für den Großherzoglich Badischen Amtsbezirk Mannheim

Nr. 4 | Bezugspreis: Vierteljährlich 1 Mark | Dienstag, den 22. Januar | Anzeigen, die einspaltige Kolonel-Zeile 40 Pfg. | 1918

Neueinteilung des Baugebiets zwischen Domstift- u. Spinnereistraße am Bahnhof Sandhofen (Gemarkung Mannheim) betreffend.

Die vom Stadtrat Mannheim beantragte auf freier Vereinbarung der Grundstückseigentümer beruhende Neueinteilung der auf Gemarkung Mannheim zwischen der Domstift- und der Spinnereistraße am Bahnhof Sandhofen gelegenen Grundstücke Lagerbuch Nr. S. 821/1, S. 901/1, S. 937 bis S. 945 und S. 1060 bis S. 1081 wird hiermit nach Maßgabe des darüber entworfenen, vom Stadtrat genehmigten und mit entsprechendem diesseitigem Vermerk versehenen Planes vom 13. April 1917 auf Grund des § 21 des Ortsstraßengesetzes für vollzugsreif erklärt.

Als Zeitpunkt für den Uebergang des Eigentums und der Rechte dritter Personen wird der 1. März 1918 bestimmt.

Karlsruhe, den 9. Januar 1918.
Großh. Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor
(L. S.) gez. Pfisterer. gez. Rößler.

Wir bringen hiermit nachstehend die Bekanntmachung Großh. Ministeriums des Innern vom 9. Januar 1918 Höchstpreise für Kleie betr. (Staatsanzeiger vom 12. Januar 1918, Nr. 9) zur öffentlichen Kenntnis.

Mannheim, den 19. Januar 1918.
— Großh. Bezirksamt. —

Höchstpreise für Kleie betreffend.

Auf Grund des Höchstpreisgesetzes vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914, 21. Januar 1915, 23. März 1916 und 22. März 1917 (R.-G.-Bl. 1914 S. 516, 1915 S. 25, 1916 S. 183 und 1917 S. 253) sowie auf Grund der Bundesratsverordnung vom 18. Oktober 1917 über Kleie aus Getreide (R.-G.-Bl. S. 941) und der Ausführungsbestimmungen des Kriegsernährungsamtes hierzu vom 1. November 1917 (R.-G.-Bl. 1001) wird bestimmt:

Die Höchstpreise für Kleie dürfen für 100 kg ohne Sack, einschließlich aller Unkosten u. Vergütungen, wie Verteilungs- und Lagerungskosten, Vermittlungsgebühren usw. nicht übersteigen.

1. bei Lieferungen der Geschäftsstelle der Badischen Futtervermittlung
   a) unmittelbar an die Verbraucher frei Verteilungsstation, 15,20 ℳ
   b) an selbstverteilende Kommunalverbände frei Verteilungsstation, 15,00 ℳ
2. bei Lieferungen des selbstverteilenden Kommunalverbandes an den Verbraucher ab Verteilungsstelle des Kommunalverbandes oder seiner Beauftragten. 15,70 ℳ

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Karlsruhe, den 9. Januar 1918.
Großh. Ministerium des Innern.
J. A.: Weingärtner. Pfisterer.

Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Kranken-, Witwen- oder Witwerrente.

Durch Verordnung des Bundesrats vom 3. Januar 1918 (Reichs-Gesetzblatt Nr. 2, Seite 7/8) und durch die zum Vollzug dieser Verordnung erlassenen Ausführungsbestimmungen des Reichsversicherungsamts vom 5. Januar 1918 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 5 vom 7. Januar 1918) wird bezüglich der Gewährung von Rentenzulagen Folgendes bestimmt: Bzl

1. Den Empfängern einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente wird, wenn sie sich im Inlande aufhalten, für die Zeit bis zum 31. Dezember 1918 eine Zulage zu ihrer Rente gewährt; dieselbe beträgt:
   a) für Invaliden- u. Krankenrentenempfänger monatlich 8 Mk.,
   b) für Witwen-, Witwer- und Witwenkrankenrentenempfänger monatlich 4 Mk.
2. Diese Zulage wird frühestens vom 1. Februar 1918 ab monatlich im voraus und nur für volle Kalendermonate des Rentenbezugs gezahlt und zwar ohne Unterschied, ob der Rentenempfänger die Rente im vollen Betrag oder nur zu einem Bruchteil erhält.
3. Die Zulage fällt weg, wenn der Anspruch auf die Rente zum vollen Betrag ruht oder wegfällt.
4. Die Zahlung erfolgt gegen Quittung durch diejenige Postanstalt, bei welcher der Rentenempfänger seine Rente erhebt.
5. Nicht abgehobene Zulagen werden nur bis zum 30. Juni 1919 nachgezahlt.
6. Bei gleichzeitiger Auszahlung für mehrere zurückliegende Monate ist für jeden Monat eine besondere Zulagequittung erforderlich.
7. Die Unterschrift auf der Quittung muß von einer zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigten Person oder Stelle beglaubigt werden.
   Zur Beglaubigung genügt die Beidrückung des Dienstsiegels.
8. Die Vordrucke für die Zulagequittungen geben den Gemeindebehörden, Ortspolizeibehörden, Polizeirevieren, durch die Großh. Bezirksämter zu und können von den bezugsberechtigten Rentenempfängern bei genannten Stellen in Empfang genommen werden.
9. Die Landesversicherungsanstalt Baden liefert die Vordrucke für die Zulagequittungen unentgeltlich für sämtliche in Baden wohnende bezugsberechtigte Rentenempfänger ohne Unterschied, ob sie ihre Rente von der Landesversicherungsanstalt Baden oder von einer fremden Anstalt beziehen.
   Bei Ausfüllung des Vordrucks bezw. bei Vornahme der Beglaubigung ist daher stets darauf zu achten, daß am Kopfe der Quittung (oben links) die Nummer der Versicherungsanstalt eingetragen wird, welche die Rente festgestellt hat, und für deren Rechnung die Zahlung der Rentenzulage erfolgt. Diese Nummer kann aus der Rentenquittung oder dem Rentenbescheid (oben links) ohne weiteres ersehen werden.
10. Keine Zulage erhalten die Empfänger von Alters- oder Waisenrenten.
11. Gemeinden, Armenverbänden, Versicherungsträgern usw., welchen gemäß §§ 120, 1278, 1277, 1531, 1536, 1541, 1544 RVO. Renten überwiesen sind, wird die Zulage nicht gewährt.
12. Gemäß § 4 der eingangs erwähnten Ausführungsbestimmungen werden wir den Großh. Bezirksämtern die Vordrucke für die Zulagequittungen für sämtliche in ihrem Bezirke wohnende bezugsberechtigte Rentenempfänger demnächst zugehen lassen zwecks Verteilung an die Gemeindebehörden, Ortspolizeibehörden, Polizeireviere oder andere Stellen, bei denen die Rentenempfänger die Vordrucke in Empfang zu nehmen haben.

Der Vorstand
der Landesversicherungsanstalt Baden.
Beck.

Vorstehendes bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.
Mannheim, den 19. Januar 1918.
Großh. Bezirksamt. — Versicherungsamt.

Rheinschiffahrt.

Nachstehende Bekanntmachung bringen wir zur Kenntnis der Rheinschiffahrtsinteressenten.
Mannheim, den 18. Januar 1918.
Gr. Rheinbau-Inspektion.

Bekanntmachung für die Rheinschiffahrt betr. Erbauung einer Brücke über den Rhein bei Remagen.

Die Schiffahrttreibenden werden hierdurch benachrichtigt, daß am 15. ds. Mts. die Arbeiten an der Rheinbrücke bei Remagen soweit fertiggestellt sind, daß die große Durchfahrtsöffnung unbehindert für die Berg- und Talfahrt benutzt werden kann.

Die in der Bekanntmachung vom 3. Mai 1917 d. c. f. Nr. 1089 getroffenen Anordnungen treten mit diesem Tage außer Kraft. Bz3

Coblenz, den 10. Januar 1918.
Der Oberpräsident der Rheinprovinz.
Chef der Rheinstrombauverwaltung.
In Vertretung: von Gal.

Erkrankungen und Sterblichkeit im 4. Vierteljahr 1917 betr.

I. Von übertragbaren Krankheiten kamen im Dienstbezirk des Bezirksarztes I während des 4. Vierteljahres 1917 folgende Erkrankungen zur Anzeige:

61	Fälle von	Scharlach
46	" "	Diphtherie
52	" "	Lungen- u. Kehlkopfschwindsucht
8	" "	Typhus
7	" "	Kindbettfieber und
56	" "	Ruhr.

II. Es starben (ohne die Zahl [7] der Totgeborenen) in demselben Zeitraume: 205 Personen. Von den Gestorbenen waren

Kinder im Alter von 0 bis 1 Jahr:	35
" " " " 1 " 15 "	20

Es starben an Scharlach 1, Masern 2, Diphtherie und Krupp 5, Keuchhusten 4, Influenza 3, Lungen- und Kehlkopfschwindsucht 35, Typhus 1, Kindbettfieber 4, Ruhr 8 und Krebs 23 Personen.

4 Kinder unter 1 Jahr starben an Verdauungsstörungen.

Mannheim, den 16. Januar 1918.
Der Großh. Bezirksarzt I.
Dr. Jik. Bz3

Bekanntmachung.

Die Festsetzung der regelmäßigen Eichtage an den Abfertigungsstellen im I. Halbjahr 1918 betr.

Für die im Eichamtsbezirk Mannheim gelegenen staatlichen Abfertigungsstellen werden für das I. Halbjahr 1918 folgende regelmäßige Eichtage festgesetzt:

1. Abfertigungsstelle i. d. Schwetzingen.

Mittwoch, den 2. Januar, 6. Februar, 6. März, 3. April, 1. Mai und 5. Juni 1918.

Die Dienststunden dauern von 9[00] bis 12 und von 2 bis 6 Uhr.

Meßgeräte und Fässer, welche an einem der oben genannten Eichtage geeicht werden sollen, müssen spätestens in den Vormittagsstunden eingeliefert werden.

Außerdem vermittelt unser Vertrauensmann Herr Jak. Laninger, Fabrikarbeiter in Schwetzingen jederzeit die Annahme und Abgabe der zu eichenden Gegenstände.

2. Abfertigungsstelle i. d. Heidelberg.

Dienstag, den 8. und 22. Januar, 5. und 19. Februar, 5. und 19. März, 2., 16. und 30. April, 14. und 28. Mai, 11. und 25. Juni 1918.

Die Dienststunden dauern von 8[30] bis 12 und von 2 bis 6 Uhr.

Meßgeräte und Fässer, welche an einem der oben genannten Eichtage geeicht werden sollen, müssen spätestens in den Vormittagsstunden eingeliefert werden.

Außerdem vermittelt unsere Vertrauensperson Frau Kühlmann, im Gebäude der Abfertigungsstelle wohnhaft, jederzeit die Annahme und Abgabe der zu eichenden Gegenstände.

An den Abfertigungsstellen werden vorgenommen: Neu- und Nacheichung von Fässern und Gewichten mit Ausschluß der Präzisionsgewichte und Goldmünzgewichte), sowie von transportfähigen Wagen (mit Ausschluß der Präzisionswagen) für eine größte zulässige Last bis einschließlich 3000 kg und von Hohlmaßen, sowie die Beglaubigung von Fischversandgefäßen für den Eisenbahnverkehr; außerdem die Nacheichung von Längenmaßen (mit Ausschluß der Präzisionslängenmaße), Dickenmaßen, Flüssigkeitsmaßen, Meßwerkzeugen für Flüssigkeiten, Hohlmaßen und Meßwerkzeugen für trockene Gegenstände. Bz145

Karlsruhe, den 1. Dezember 1917.
Großh. Obereichungsamt.

Bekanntmachung.

Auf unserer öffentlichen Niederlage im alten Zollhafen lagert ein Stück Dextrin, gez. G. O. mit einem Rohgewicht von 106 kg, dessen Eigentümer unbekannt ist. Bzl

Der Eigentümer wird aufgefordert, binnen 4 Wochen sich zu melden und unter Vorlegung seines Niederlagescheins seine Rechte nachzuweisen, widrigenfalls die Ware öffentlich versteigert wird.

Mannheim, den 15. Dezember 1917.
Hauptzollamt.

Kleines Wirtschaftsanwesen in Feudenheim,
auch für Kriegsbeschädigten sehr geeignet, **zu verkaufen.** Näheres durch
Brauerei Löwenkeller,
Mannheim, B 6, 15. Nd22

Ein ideales Toilette-Hilfsmittel ist
Tangosol-Waschkrem
Preis der Tube Mk. 1.50
Stark Schmutz lösend, vollkommen wasserlöslich u. reizlos, von hoher Desinfektionskraft, hält unser Krem alle Unreinheiten des Teints fern, bewahrt ihm gesundes und frisches Aussehen u. schützt vor ansteckenden Krankheiten aller Art.
Verlangen Sie überall Tangosol
Mora-Gesellschaft, Berlin S. 42, Postfach 410.
Grossisten, Wiederverkäufer, Vertreter, auch für unsere übrigen Spezialitäten gesucht. E4a

Kachel-Ofen
für Herrschaftsräume, sowie
Beleuchtungs-Körper
für Gas und für elektrisch Licht, aus dem früheren v. Seubert'schen Anwesen stammend, sofort zu verkaufen. Anzusehen Donnerstag vormittag zwischen 10—12 Uhr im Grundstück
M 5, 7. T523

Heidereisbesen
in voller, 3 mal gebundener Ware. M. 5.— d. Dutzend in jeder Menge abzugeben. 851g
Otto Kleinlogel, Heilbronn a. N.

Grosse Büroräume
am Friedrichsplatz, mit Zentralheizung ic. sofort oder später zu verm. Näh. **T 6, 17** (Büro). 9207

Fast neues 100 töniges
Bandoneon
(Stahlstimmen) 1. A-Stimmung mit Koffer u. Noten preiswert zu verkaufen. **Volz, Neckarau,** Rosenstraße 43. 1310

Piano, Harmon., alte Violine. Demmer, Ludwigshafen, Gittelsbstr. 43. 1267

Grosse Partie
Einzelne
Leder- u. Rohrstühle
sowie ca.
70 Dutzend Zimmerstühle
in allen Preislagen verkaufen To14a
H. Schwalbach Söhne
B 7. 4, Magazin.

Große Auswahl von
versch. Möbel
billig zu verkaufen. 1208
Rennert, T 3, 9, 2. Tr.

Antike Kommode
zu verkaufen. 1405
Stanger, S 6, 24.

Vermietungen.

R 7, 35
nächst dem Ring, 5 Zimmer, Bad u. Speisekammer p. 1. April zu verm. 1306 Näh. im Büro.

Otto Beckstrasse 4,
Eckhaus, (2 Treppen lks.) ist moderne 9352
5 Zimmerwohnung
m. Fremden- u. Mädchenzimmer zu Mk. 1700.— ab 1. April zu vermieten.
Mannh. Baugesellschaft
Geschäftsstunden 9—12 u. 3—6 Uhr. Telefon 1830.

Gabelsbergerstr. 9
1 Tr., bess. 2 Zimmerwohnung zu verm. 1282

Kaiserring 20
2. Stock, schöne große 6 Zimmer-Wohnung auf 1. April zu vermieten. Näheres daselbst. N51

Moltkestrasse 7
parterre 5 Zim. Bad und Zub. per April zu verm. Näheres bei Zilles, N 5, 1 Telephon 876. Z41

Rheinhäuserstr. 61, 4. St. 3 Zim. u. Küche z. v. 1095

Schlossgartenstr. 25
Schöner (gt.) 2. Stock 6 Zimmer m. all. Zubeh., el. Licht, neu hergerichtet, auf 1. April zu verm. Näheres 2. Stock daselbst. Je6

1 Zim. u. Küche i. Abschl. Koch- u. Leuchtgas an ruhige Leute zu vermieten. 833 **Eichelsheimerstr. 9,** 3 St. l.

Schöne 1106
5-Zimmer-Wohnung
Küche, Speisek. und allem Zubeh. per 1. April zu vm. Näh. **Parkring 2a,** part.

Schöne Wohnungen
von 5, 6, 7 u. 8 Zimmer nebst Zubehör z. vermiet. Näh. **Kirchenstr. 12.** 742

Schöne Parterre-
5 Zimmer-Wohnung
mit Zubehör d. Zentralheizung, neu hergerichtet, per 1. April zu vermieten.
Näheres **Hugo Schwartz,** L 3, 3b, Tel. 604. Ja55a

Vermietungen

E 5, 5, 3 Tr.
Schön möbliert. Wohn- und Schlafzimmer, mit elektr. Licht und Bad, an besseren Herrn zu vermieten. Besichtigung ab 4½ Uhr erwünscht. 1284

Waldparkstraße 27
3 Treppen, Wohn- u. Schlafzimmer mit gutem Frühstück, elektr. Licht, Eingang sep. durch die Diele bis 1. Februar zu verm. 1285

Büro.

F 5, 1
parterre
3 Büroräume
per 1. April zu vermieten Näh. Telephon 849. Ji4a

Gr. Merzelstr. 6.
Zwei Büroräume
mit Lager
per sofort oder später zu vermieten. Näheres
Anton Seitz,
Richard Wagnerstr. 12,
Tel 1331. Tb14

Werkstätte.

Neuzeitlich eingerichtete
Lager- und Geschäftsräume
ca. 400 qm mit Dampfheizung, Aufzug ic. für Großbetrieb geeignet, zu vermieten durch Ta10
Hugo Schwartz
Immobilienbüro
L 3, 3b. Telefon 604.

Grosse helle Werkstätten
ca. 300 qm mit Holzbearbeitungsmasch., 12 Hobelbänke zu v. Näh. **W. Groß,** K 1, 12, Tel. 2554. 1092

Wirtschaften.

Gutgehende
Wein- u. Speisewirtsch.
wegen Krankheit sofort zu vermieten. Näh. **Meerfeldstraße 53,** part. 1280

Miet-Gesuche

Amtsrichter sucht in ruhiger Lage (möglichst Nähe Friedrichsplatz, aber auch im Stadtäußern) 1284
Wohn- und Schlafzimmer
in gutem Hause. Angeb. u. D. A. 76 a. d. Geschäftsst.

Gebild. Dame sucht ein möbl. Zimmer, heizbar, in der Nähe Lazarett Luisenstr. Ang. u. T 3143 an **D. Frenz, G. m. b. H. Mannheim.** 9235

Urlauber sucht sofort ein
gemütliches Zimmer
eventl. mit Pension. 1318
Gefl. Angeb. unt. C. Y. 74 an die Geschäftsst.

Wohn- u. Schlafzimmer
möglichst in Nähe der Linie 3, in Mitte d. Stadt gesucht. Angebote unter C. L. 61 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 1283

Möbl. Zimmer
Nähe **Gefangenenlager,** gesucht. 126
Angebote mit Preisangabe unter C. P. 65 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Guter reichlicher
Mittag- und Abendtisch
bei gediegenen Leuten gesucht. Ausführl. Angeb. u. C. W. 73 an die Geschst.

4—5 Zimmerwohng.
mögl. frei Lage, Gas, elektr. Licht mit Speisekammer, Badezimmer und allem übrigen Zubeh. per 1. März zu mieten gesucht. Angeb. unter C. J. 109 an die Geschäftsstelle. E7109

Gesucht:
Laden
50 bis 80 qm, mit 2 ev. 3 Zimmer in guter Lage. Bedingung: Einfahrt für Handwagen. 1280
Ausführl. Angebote mit Preis an **L. Weiß, Frankfurt, Nußbaumplatz 5.**

Unterricht

Wer erteilt jungem Mann 1270
Unterricht in Zither?
Angebote unter C. G. 57 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Nachhilfe und Aufsicht
billigst. W146a
Welsch, Mittelschullehrer, Rheinhäuserstraße 16.

Einzelunterricht
(für Damen) 290a
im Maschinenschreiben und Stenographieren.
Gründliche Ausbildung. Mäßiger Preis. Näh. bei
Frau Joos, E 3, 1a.

Gander's Schönschreib- u. Handelskurse
für all. Berufs- u. Altersklassen. Lehrplan gratis.
Gebr. Gander
C 1, 8. Hi0a

Wer beteiligt sich an
engl.-französ. Unterricht?
75 Pfg. pro Stunde. Ang. unter Y. L. 185 an die Geschäftsstelle d. Bl. T294

Heirat

Heiratsgelegenheit!
Sol. Herrn ist Gelegenheit geboten in Möbel- und Dekorationsgeschäft einzuheiraten. Fräulein ist 30 Jahre, kath., und steht in besten Verhältnissen.
Reflektanten wollen sich melden bei **Frau Richter,** Ludwigshafen, Hartmannstraße 30, 2. St. 1299

Kaufm. Beamter
Anfg. 30, pensionsber., hoh. Eink., kath., wünscht sich mit netter Dame 20—30 J. **zu verheiraten.** Mitgift v. 10—20000 Mk. erwünscht. Einheirat nicht ausgeschl. Ausführl. Angeb. m. Bild erbeten **u. K. M. 779** an **Rudolf Mosse, Mannheim.** E106

Betriebsleiter
mit gr. Eink., Anf. 30, evgl. guter Charakter **wünscht** Heirat mit junger Dame, auch v. Lande, a. gut. vermögender Familie. Ausführl. Angeb. mögl. m. Bild erbet. unt. **H. M. 769** an **Rudolf Mosse, Mannheim.** E10c

Heirat.
Postbeamter, 30 Jahre alt, kath. untersetzte Erscheinung, mit Barvermögen sucht auf diesem Wege die Bekanntschaft eines solid. anständigen Fräuleins m. Vermögen zwecks späterer Heirat. Junge Witwe nicht ausgeschlossen. Diskretion Ehrensache. Ernstgemeinte Zuschriften mit Photogr., welche sof. wieder zurückgesandt wird, unter C. Z. 75 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten. 1320

Verloren.

Samstag abend zwischen 9—10 Uhr ein 1300
Iltispelzkragen
verl. vom Bahnhof bis M 7. Abzug. gegen hohe Bel. **M 7/7,** 1. Stock.

Anhänger, Brillant auf rundem Gitterfeld Montag 4—4½ Uhr auf dem Wege Dammstraße, Friedrichsbrücke bis **U 6 verloren.** 1298
Abzugeben geg. gute Belohnung **U 6, 11 p.**

1 Herrenbrillantring
am 19. Januar abends verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, den Ring gegen gute Belohn. **Augartenstr. 8 III** abzugeben. 1290

Vermischtes.

Einige hundert Mark
gegen Sicherheit von Privathand (Selbstgeber) zu leihen gesucht. 1267
Angebote erbeten unter C. T. 69 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

1 Parterre-Logen-Platz
Abonnement D abzugeben
Zu erfragen 1311
Prinz Wilhelmstr. 21, III.

Wer nimmt ein 4 Monate altes Kind (Mädchen) gegen monatliche Vergütung von 30 bis 40 Mark in gute Pflege? Gefl. Zuschriften unter C. E. 55 an die Geschäftsstelle d. Bl. 1269

Gasanzünder Ripp
Mk. —.75
Feuerzeugsteine
3 Stück 25 Pfg.
bei E811
Armbruster, E 1, 13.

Antike Möbel Porzellane etc.
Fr. Roetter
N 5, 1—4 u. 22.